

Deutsche Rundschau

in Polen

Bezugspreis: In den Ausgabestellen und Filialen monatl. 4.50 zł, mit Zustellgeld 4.80 zł. Bei Postbezug monatl. 4.89 zł, vierteljährlich 14.66 zł. Unter Streifenband in Polen monatl. 8 zł. Danzig 8 G. Deutschland 2.50 RM. — Einzel-Pr. 25 gr. Sonntags-Pr. 30 gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung u.) hat der Bezahler keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Fernruf Nr. 594 und 595.

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Anzeigenpreis: Die einpaltige Willmeterszeile 15 gr. die einpaltige Kellamezeile 125 gr. Danzig 10 bzw. 80 Da. Pf. Deutschland 10 bzw. 70 Pf. übriges Ausland 100%, Aufschlag. — Bei Platzvorschrift u. schwierigerem Satz 50%, Aufschlag. — Abstellung von Anzeigen schriftlich erbitten. — Offertengebühr 100 gr. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Blättern wird keine Gewähr übernommen. Postkonten: Polen 202157, Danzig 2528, Stettin 1847.

Nr. 218

Bromberg, Sonnabend den 23. September 1933

57. Jahrg.

Paris, London und Rom.

England vor der Entscheidung. — Mussolini greift ein. — Henderson auf dem Mölierschemel.

Wenn vor einigen Wochen mit Recht gesagt werden konnte, daß Rom die Börse der europäischen Politik, soweit sie die Probleme der längst fälligen Neuordnung des Kontinents betrifft, geworden war, so ist jetzt angesichts der immer näher rückenden Genfer Beratungen Paris der Mittelpunkt eines für das Schicksal Europas nicht minder folgenschweren Meinungsaustausches geworden. In der Frage der Abrüstung wacht Frankreich ängstlich darüber, daß ihm die Führung nicht entrisen wird. Es möchte sicher sein, daß die Fronten beim Beginn der Abrüstungskonferenz am 16. Oktober im Sinne seiner strategischen Idee stehen. Deshalb war die Englische Regierung eingeladen worden, einen Vertreter zu Besprechungen mit Herrn Daladier und Herrn Paul-Boncour nach Paris zu entsenden. Herr Eden, der als Beauftragter des englischen Kabinetts jetzt einige Tage in Paris weilte, hat ausgiebig Gelegenheit bekommen, die Auffassung der französischen Staatsmänner kennen zu lernen. Es war wohl aber nicht seine Aufgabe, zu deren Vorschlägen irgendwie abschließend Stellung zu nehmen. Er ist jetzt nach London zurückgefliegen, um dem englischen Kabinett zu berichten und seine Entscheidung dann nach Paris zu bringen.

Daß die Dinge zur letzten und für Genf bedeutsamen Entscheidung herangereift sind, geht daraus hervor, daß man bereits davon spricht, nach dem englischen Kabinettsrat werde nicht Herr Eden allein nach Paris zurückkehren, sondern in Begleitung des britischen Außenministers Sir John Simon, und auch Herr Baldwin, der in Aix-les-Bains zur Kur weilt, soll sich zur Teilnahme an den abschließenden Unterredungen bereit halten.

Es sind vier Punkte, auf die sich nach aus Paris vorliegenden Meldungen die Diskussion schließlich zugespitzt hat. Der erste betrifft die Dauer der von Frankreich vor dem Beginn der wirklichen Abrüstung geforderten Kontrollzeit. Frankreich möchte sie möglichst lange ausdehnen, auf vier bis fünf Jahre, während England vorläufig seine Zustimmung von der Festsetzung einer kürzeren Frist abhängig macht. Außerdem besteht aber auch noch Meinungsverschiedenheit darüber, was nach Ablauf der etwa zu beschließenden Kontrollzeit geschehen soll. Frankreich wollte ursprünglich, daß die Entscheidung darüber der von der Genfer Konferenz einzusetzenden ständigen Abrüstungskommission, je nach den Ergebnissen der durchgeführten Kontrollen überlassen bleiben solle. Es hat sich inzwischen aber insofern dem englischen Standpunkt angenähert, als es in eine Aufnahme der dann vorzunehmenden Rüstungsvermindern schon in die jetzt abzuschließende Konvention einwilligt. Die englische These geht aber dahin, diese Rüstungsvermindern müsse nach Ablauf der Kontrollzeit in Gang gesetzt werden, sofern Frankreich dann nicht den Beweis führen könne, daß Deutschland seine im Vertrage enthaltenen Abrüstungsverpflichtungen nicht eingehalten habe. Frankreich wünscht das Beweisethema zu verdrängen und will eine Verpflichtung zur Abrüstung nur dann anerkennen, wenn der Beweis des guten Willens Deutschlands durch die Kontrolle erbracht worden ist.

Der französische Kontrollplan sieht eine periodische, sich automatisch wiederholende Rüstungskontrolle vor. England lehnt sie als mit der Würde des britischen Staatswesens unvereinbar ab und setzt vorläufig nur Neigung, einer Kontrolle von Fall zu Fall auf Grund ausreichender Verdachtsmomente zuzustimmen. Diefem englischen Einwand will Frankreich dadurch begegnen, daß es die automatische regelmäßige Kontrolle auf die europäischen Festlandsstaaten beschränken will.

Der dritte der noch ungeklärten Punkte bezieht sich auf die Folgen, die sich aus etwa festgestellten Verletzungen der Abrüstungskonvention ergeben sollen. Frankreich verlangt in diesem Falle die Verhängung und Durchführung internationaler Sanktionen gegen den schuldigen Staat. England widerstrebt dieser Forderung am heftigsten. Es wünscht offenbar nicht, sich auf unabsehbare Zeit Verpflichtungen von solcher Tragweite auferlegen zu lassen.

Schließlich hat Frankreich im Zusammenhang mit den jetzigen Besprechungen, um die Vereinfachung seiner Forderung nach einer mehrjährigen Probe-Kontrollzeit, die sich natürlich nur gegen Deutschland richten kann, nachzuweisen, sowohl England wie Italien, als die beiden Garantemächte des Vercarnovertrages, auf angebliche deutsche Verstöße gegen die in diesem Vertrag seinerzeit erneut aufgenommenen Bestimmungen über die Entmilitarisierung der Rheinlandzone hingewiesen. Frankreich vertritt den Standpunkt, durch den Vertrag seien die beiden Garantemächte zu entsprechenden Gegenmaßnahmen gegen Deutschland verpflichtet. Entzogen sie sich dieser Verpflichtung, so hätten sie das Recht auf Einwendungen verloren, wenn Frankreich in seinem eigenen Interesse in der entmilitarisierten Zone die Initiative ergriffe, die es für angebracht halte. Lediglich aus französischer Quelle wird gemeldet, England widersehe sich dieser Schlussfolgerung nicht.

Die Verhandlungen zwischen England und Frankreich sind begleitet worden durch mehrere Aussprachen, die die französischen Staatsmänner mit dem amerikanischen Sondergesandten Norman Davis hatten. Ähnliches über deren Ergebnis ist nicht bekanntgegeben worden. Es verläu-

tet lediglich, daß Norman Davis an Daladier mündlich eine Botschaft Roosevelts übermittelt habe, in der der Präsident nochmals das lebhafteste Interesse der Amerikanischen Regierung an der Abrüstung zum Ausdruck bringt. Wie weit er mit den französischen Kontrollplänen einverstanden ist, bleibt vorläufig noch ungewiß. Man hört lediglich, daß er sich an der Frage etwaiger Sanktionen als uninteressiert erklärt hat, da dies eine lediglich europäische Angelegenheit sei.

In den letzten Tagen hat nun auch Mussolini das Bedürfnis empfunden, aktiv in die schwebenden Verhandlungen einzugreifen. Er hat den französischen Botschafter in Rom zu einer längeren Aussprache empfangen, und der Pariser Botschafter Italiens hat beim französischen Außenminister vorgesprochen. Es ist unwahrscheinlich, daß, wie es aus den französischen Meldungen hervorklingt, Mussolini in französischen Kontrollideen in ihrer besonderen antideutschen Zuspitzung irgendwelche Sympathie bezeugt hätte. Dem italienischen Regierungschef geht es vor allen Dingen um die Fragen, die die praktischen Methoden der Abrüstung betreffen. Da sie auf eine Angleichung der Rüstungen abgestellt werden müssen, hat Mussolini vor einiger Zeit vorgeschlagen, Deutschland als erste Etappe auf dem Wege zur Durchführung seiner Gleichberechtigung zu gestatten, daß es sich Musterstücke der ihm durch die Versailler Entwaffnungsbestimmungen bisher verbotenen Waffen zulegt. Schon die-

fer ganz bescheidene Schritt in der Richtung auf die tatsächliche Gleichberechtigung Deutschlands ist für die französische Mentalität zu viel. Es scheint, daß sich insofern eine Annäherung Mussolinis an die Pariser Auffassung vollzogen hat, als er diesen Vorschlag fallen ließ und jetzt lediglich den Standpunkt vertritt, der geplante Umbau der europäischen Berufsarmeen in Mitteleuropa werde auch gewisse Änderungen der Bewaffnung und in gewissen Ländern eine Vermehrung der Effektivbestände notwendig machen.

Eine etwas unglückliche Figur in der Geschäftigkeit dieser vielfältigen Besprechungen, zu denen inzwischen noch ein Empfang des Berliner französischen Botschafters François-Poncet beim Ministerpräsidenten und beim Außenminister, sowie ein Besuch des politischen Außenministers Herbert Weizsäcker in Paris gekommen sind, macht der Präsident der Abrüstungskonferenz, Herr Henderson. Auch er hatte sich in der Sorge um sein gefährdetes Konferenzwerk nach Paris begeben. Alles, was er erreichen konnte, war eine dreiviertelstündige Unterredung mit Paul-Boncour. Dann ist er nach Genf abgereist, wo er zur Zeit noch sicher ist, keinen der maßgebenden Politiker zu treffen. Im übrigen beschäftigt er sich nach einem Zeitungsinterview, das er vor seiner Abreise aus London gab, vor allen Dingen mit der Frage, was geschehen muß, wenn die Genfer Konferenz zu keinem Ergebnis kommt. Das ist für den Präsidenten dieser Konferenz immerhin bemerkenswert.

Die ersten Vernehmungen in Leipzig

Das Vorleben von der Lubbe.

Leipzig, 22. September.

Nach der Verkündung des Eröffnungsbeschlusses im Reichstagsbrandstifter-Prozess wurde zunächst mit der Vernehmung des Angeklagten von der Lubbe begonnen. Der Vorsitzende stellte noch einmal fest, daß der Angeklagte aus freiem Entschluß auf die angebotene Verteidigung durch die holländischen Rechtsanwälte Pauwels und Stomps verzichtet und sich mit dem vom Gericht gestellten Officialverteidiger begnügt. Die ausdrückliche Frage des Vorsitzenden wird von Lubbe noch einmal bestätigt. Senatspräsident Bänger nimmt dies zum Anlaß, um sich scharf gegen die Behauptung zu verwahren, als ob dieser Entschluß Lubbes künstlich herbeigeführt worden wäre.

Nun beginnt die langwierige

Vernehmung des Angeklagten

von der Lubbe, der sehr bald vor den Richtertisch gesetzt werden muß, weil er trotz vieler Ermahnungen nicht laut spricht. Die Vernehmung erfolgt zunächst durch Vermittlung des Dolmetschers, dann bittet Lubbe selbst darum, dem Vorsitzenden unmittelbar Antwort geben zu dürfen. Aus Frage und Antwort entnimmt man zunächst die Vorgeschichte eines Wagnerslebens. Man hört von Erziehungsanstalt, Volksschule, in der Lubbe es nach längerer Zeit zu durchschnittlichen Leistungen brachte, dann kam die berufliche Tätigkeit als Maurer, die aber nie zu einem festen Arbeitsverhältnis wurde.

Bedeutend wird die Vernehmung vor allem, als der Vorsitzende auf die Auslandsreisen Lubbes zu sprechen kommt. 1930 ging Lubbe nach Frankreich; er wollte den Kanal überschwimmen. Man hört von ihm, daß dafür ein Preis ausgesetzt gewesen sei, das Unternehmen sei aber wegen klimatischen Wetters nicht zustande gekommen. Im Frühjahr 1931 fuhr Lubbe dann den Plan, mit einem Freund eine Fußwanderung durch Europa und Rußland zu unternehmen. Er läßt sich in Reyden einen Auslandspaß für Europa und Asien ausstellen, als die Ausreise angetreten werden soll, macht aber der Freund nicht mit. Es wird nur eine Ansichtspostkarte hergestellt, auf der beide abgebildet sind, und zwar unter einem Sowjetstern; der Freund ist mit erhobener Faust abgebildet. Die Postkarte trägt die Überschrift „Arbeiterport- und Studienreise von der Lubbe durch Deutschland und Sowjetrußland“.

Auch aus den Berichten der holländischen Polizei ergibt sich, daß Lubbe sich seit Jahren

inkommunistischen Sinne betätigt

hat. Er hat Vorstrafen wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt, zu dem es bei verbotenen Demonstrationen kam. Jedesmal aber, wenn der Vorsitzende Lubbe nach seiner politischen Stellung befragt, gibt er ausweichende Antworten. Es ist z. B. die Rede von einer kommunistischen Jugendkundgebung, bei der Lubbe offenbar aufträte, rische Reden führte und sich gegen seine Teilnahme wehrte, Lubbe erklärt aber auf die Frage des Vorsitzenden, es habe sich nur um eine „persönliche Unterredung auf der Straße“ gehandelt.

In einem anderen Fall wird geschildert, daß Lubbe die Fenster eines Wohlfahrtsamtes zer schlagen hat. Auch dies war nach der Aussage Lubbes nur „eine persönliche Streitigkeit in einer Unterstüßungsfrage“. Tatsächlich steht aber nach den holländischen Polizeiberichten fest, daß Lubbe schon 1928 kommunistische Jugendkundgebungen organisiert und kommunistische Propaganda unter den Arbeitlosen getrieben hat. Er scheint dann im März 1931 aus der kommunistischen Partei ausgetreten zu sein. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob er damit auch die kommunistischen Ideen

aufgegeben habe, ist keine klare Antwort von ihm zu erhalten.

Bedeutend für die Charakterisierung des Angeklagten und seine politische Betätigung sind dann die

Reisen des Jahres 1932.

Lubbe zog damals zu Fuß durch Deutschland, Polen und Ungarn. Beim Versuch des Grenzübertritts nach Rußland wurde er von den russischen Behörden festgenommen und drei Wochen in Haft gehalten. Dann tritt er den Rückweg nach Deutschland an. Später erzählt er phantastische Geschichten über seine Erlebnisse an der russischen Grenze. Er berichtet davon, daß er beschossen worden sei, widerrufen aber jetzt ausdrücklich diese Darstellung. Die Vernehmung berührt dann die Frage, ob Lubbe im Sommer 1932, wie von sozialdemokratischer Seite seinerzeit behauptet wurde, in Ebnenitz oder Broditz bei Dresden von Nationalsozialisten untergebracht worden sei, woran er sich selbst als Nationalsozialist ausgegeben habe.

Noch einmal läßt Senatspräsident Bänger seine ganze Verhandlungskunst spielen, um den Angeklagten zu einem Bekenntnis seiner politischen Anschauung zu bewegen. Aber alle Versuche bleiben erfolglos:

Vorsitzender: Wollen Sie, daß die gegenwärtige Staatsverfassung bleibt oder wollen Sie eine andere. — Es erfolgt keine Antwort.

Vorsitzender: Sind Sie für Gewaltanwendung? von der Lubbe: Nein.

Vorsitzender: Sie haben doch Politik getrieben. Was wollten Sie für ein Ziel erreichen? Sagen Sie es uns auf holländisch.

Auch darauf erfolgte keine Antwort.

Lubbe bestreitet im folgenden, daß er kommunistische Flugblätter hergestellt habe, gibt aber zu, sie verbreitet zu haben. Auf die Frage des Vorsitzenden, welche Gründe ihn dazu bewogen hätten, 1931 aus der kommunistischen Partei auszutreten, ist von Lubbe gleichfalls keine Auskunft zu erhalten. Nach seinen Angaben war er nach seinem Austritt aus der KPD bei keiner politischen Partei mehr organisiert.

Nachdem einige Zeugen vernommen worden waren, die nähere Aufschlüsse über das Vorleben und die Wanderjahre des Angeklagten geben, beschließt man der Lubbe, ins Kreuzfeuer genommen, daß er im Jahre 1928 in Weimar eine Versammlung der kommunistischen Jugend geleitet habe, Mitglied der kommunistischen Partei und Anhänger revolutionärer Lösungen gewesen sei. Anarchist sei er nicht gewesen. Weitere Fragen beantwortete von der Lubbe ausweichend, seinen eigenen politischen Standpunkt vermag er nicht zu präzisieren.

Um 2½ Uhr wurde die Verhandlung auf Freitag verlagert.

Der zweite Verhandlungstag.

Leipzig, 22. September. (Eigene Drahtmeldung.) Obwohl der erste Sitzungstag des Prozesses gegen die Reichstagsbrandstifter zeigte, daß dank der sachlichen Verhandlungsführung das Sensationsbedürfnis hier nicht auf seine Kosten kommt, ist der Publikumsandrang unvermindert. Auch die Presse ist wieder bis auf den letzten Platz besetzt. Gegen 9.45 Uhr werden die Angeklagten in den Saal geführt. Von der Lubbe ist heute ungefesselt, wie auch die übrigen Angeklagten. Er blickt mit gesenktem Kopf unbewegt vor sich hin und wirft keinen Blick ins Publikum. Torgler verhandelt lebhaft mit seinem Verteidiger Dr. Sad.

Um 10 Uhr betritt der Senat den Saal. Sofort nach der Eröffnung der Verhandlung erhält Oberreichsanwalt Dr. Werner das Wort, der ein Telegramm des O-D-Gruppenführers und Polizeipräsidenten Heines verliest und dieses dem Gericht zu den Akten überreicht. In diesem Telegramm verwahrt sich Heines gegen seine Verdächtigung im Zusammenhang mit dem Reichstagsbrand und wies nach, daß er in den fraglichen Tagen in Gletwitz gewesen ist.

Der Geisteszustand des Hauptangeklagten

Im weiteren Verlauf der Verhandlung sagte einer der medizinischen Sachverständigen über die Untersuchung des Hauptangeklagten folgendes aus:

„Ich habe von der Pubbe vom 25. März ab mehrfach eingehend gesprochen und untersucht. Damals war von der Pubbe ein kräftiger Mensch. Das Bild, das er bietet, weicht wesentlich ab von dem, was man in der gestrigen Verhandlung sah. Er folgte der Unterhaltung sicher, ja manchmal übermüht. Er antwortete auf die Fragen zum Teil lebhaft, ja sogar geschickt. Den unmittelbaren Anlaß zu der Untersuchung gab die Absicht von der Pubbe, in einen Hungerstreik zu treten. Er habe damit die Sache beschleunigen wollen. Als ihm klar wurde, daß es sich um eine psychiatrische Untersuchung handele, meinte er: „Das heißt wohl — erst hat er den Reichstag angezündet, dann will er in den Hungerstreik treten, also muß er doch verrückt sein!“ Über die Gründe seiner Handlung machte er ebenfalls Angaben. Er meinte, es handele sich um einen Akt, der aus kommunistischen Gedankengängen hervorgegangen sei. Ich habe ihm vorgehalten, es sei nicht glaubhaft, daß er eine solche Arbeit allein getan habe. Er erwiderte, es gäbe da verschiedene Methoden, es könne eine Gesamtkraft der Partei eintreten, einzelne Trupps könnten in Tätigkeit treten, aber auch einzelne Personen könnten etwas leisten. Diese Tat, so sagt er, sollte Vorbild werden für das, was an anderen Stellen auch getan werden sollte. — Das Sachverständigen-Gutachten gipfelt in dem Satz: Psychisch bedeutsame Momente haben sich bei dieser Untersuchung nicht ergeben. Es war kein Anlaß anzunehmen, daß eine psychische Störung vorlag. von der Pubbe war ganz schlaffertig und auch in formaler Beziehung sehr geschickt.“

Fortsetzung der Pariser Besprechungen.

Paris, 22. September. (Eigene Drahtmeldung.) Die englischen Vertreter für die Fortsetzung der Pariser Abrüstungsbesprechungen treffen am Freitag gegen 10 Uhr auf dem Flughafen de Bourget ein. An diesen Besprechungen, die in der Britischen Botschaft stattfinden, werden französischerseits Daladier, Paul-Boncour und der ständige französische Vertreter beim Völkerbund Massigli teilnehmen, während England durch Sir John Simon, Unterstaatssekretär Eden sowie den Vetter des Englischen Bureaus beim Völkerbund Cadogan vertreten sein wird. Baldwin, der an dem Frühstück in der Botschaft teilnimmt, wird den Verhandlungen nicht beiwohnen. Die englischen Vertreter dürfen auch mit Norman Davis Rücksprache nehmen, der in den Abendstunden des Freitag Paris verläßt, um sich nach Genf zu begeben.

In Pariser politischen Kreisen mißt man den heutigen Besprechungen besondere Bedeutung bei. Man betont,

daß zwischen Frankreich und England eine endgültige Einigung über die Dauer der Probekontrolle, ihren antomatischen und periodischen Charakter und die Verpflichtung Frankreichs zustande gekommen sei, nach Ablauf dieser Zeit und im Falle der strikten Durchführung der Vertragsklauseln durch Deutschland gewisse Abrüstungsmaßnahmen durchzuführen,

die schon jetzt festgelegt werden sollen. Dagegen ist man in der Frage der Sanktionen, der technischen Durchführung der Kontrolle und der Art und Weise der Feststellung, ob ein Land sich Verletzungen hat zuschulden kommen lassen, noch weit von einer Einigung entfernt. Das „Journal“ erhofft für die Regelung dieser Frage die guten Dienste des amerikanischen Vertreters und glaubt außerdem zu wissen, daß Roosevelt mit der Ausarbeitung eines neuen Planes beschäftigt sei. Nach dem „Petit Parisien“ ist auch in der Dauer der Probekontrolle noch keine Einigung zwischen England und Frankreich erzielt. Französischerseits, so betont das Blatt, bestrebe man immer noch auf fünf Jahren, während die Englische Regierung drei Jahre für genügend erachte.

Die Stellungnahme Italiens.

Paris, 22. September. (Eigene Drahtmeldung.) Der außenpolitische Berichterstatter des „Excelsior“, der gewöhnlich sehr gut unterrichtet ist, schreibt am Freitag im Zusammenhang mit den französisch-italienischen diplomatischen Besprechungen, Mussolini habe den französischen Botschafter am Donnerstag dahin unterrichtet,

daß die italienische Abordnung in Genf der von Frankreich gewünschten internationalen Kontrolle grundsätzlich zustimmen werde.

Die Durchführung dieser Kontrolle werde aber von der italienischen Abordnung noch einmal in allen Einzelheiten zur Aussprache gestellt werden, ebenso wie die Dauer der Probezeit.

Die Italienische Regierung unterstütze außerdem die deutschen Forderungen auf eine teilweise Revision der Militärklauseln des Versailler Vertrages und denke in diesem Zusammenhang sowohl an eine Erhöhung der Effektivbestände der Reichswehr als auch an die Gewährung gewisser Waffen, die durch den Versailler Vertrag verboten sind.

Die „zwei Wege“ der Abrüstungsverhandlungen.

„Times“ zum Kontrollsystem.

London, 22. September. (Eigene Drahtmeldung.) Im Augenblick, wo die Abrüstungskontrolle im Vordergrund der diplomatischen Erörterungen steht, veröffentlicht die „Times“ bemerkenswerterweise einen Brief des deutsch-feindlichen Juristen Morgan, der früher bei der internationalen Abrüstungskommission tätig war. In diesem Brief sagt Morgan, daß die englischen Vorschläge, die nur eine Untersuchung auf Antrag vorsehen, völlig un-

Der polnische Gegenbesuch.

Ministerpräsident Sedrzejewicz in Danzig

(Von unserem Danziger Mitarbeiter.)

Danzig, 22. September. (Eigene Drahtmeldung.) Der polnische Ministerpräsident und der polnische Handelsminister sind am Freitag früh mit Begleitung zu einem offiziellen Besuch in Danzig eingetroffen.

Pünktlich um 9.05 Uhr lief der Warschauer D-Zug auf dem festlich geschmückten Danziger Bahnhof ein, der in den Danziger und polnischen Farben und mit Grün geschmückt war. Zum Empfang des polnischen Ministerpräsidenten Sedrzejewicz und des Handelsministers Baranski waren von Danziger Seite auf dem Bahnhof erschienen die Senatoren Dr. Kluck, Baker und Dr. Wiercinski-Reiser. Von polnischer Seite war Minister Dr. Papée mit seinen Herren auf dem Bahnsteig erschienen. Außerdem wurden die polnischen Minister begrüßt von dem hohen Kommissar des Völkerbundes, Rosting, Regierungsrat Dr. Blume war den Gästen bis Hohenstein entgegengefahren. Vor dem Bahnhof hatte sich eine große Menschenmenge angelammelt.

Die Minister begaben sich zunächst in die Wohnung des diplomatischen Vertreters, Minister Dr. Papée, während das Gefolge sich nach dem Danziger Hof begab. Pünktlich um 10.05 Uhr fuhr der polnische Ministerpräsident und der

praktisch seien. Morgan behauptet, daß der deutsche Haushalt so gut wie keine Auskunft über Stärke und Organisation des Heeres gebe und meint, daß ein Diktatorstaat wie Deutschland mangels jeder Opposition seine Rüstungen leichter verschleiern könne als parlamentarisch regierte Staaten.

„Times“ behandeln außerdem in einem Vortragsfeld die Frage der Rüstungsüberwachung. Nach der Sitzung des englischen Kabinetts bestünde keine Unsicherheit mehr über die Methode und den Zweck der englischen Abrüstungspolitik. „Times“ ziehen in Erwägung, wie die Frage einer Sicherheit durch Verschärfung der Rüstungskontrolle erreicht werden könne und sagen unter Bezugnahme auf den Morganbrief, daß die von Frankreich vorgeschlagenen Methoden der Überwachung sicherlich die wirksamsten sein werden. Tatsächlich, so folgern die „Times“, sei es notwendig, ein Kontrollsystem zu schaffen, das möglichst wirksam und dauernd sei und außerdem die Herstellung und den Handel mit Waffen innerhalb der Grenzen eines Staates überwache.

Nationen mit einem guten Gewissen hätten vom Besuch einer internationalen Körperschaft nichts zu befürchten, aber es sei natürlich, daß einige Staaten, und zwar vornehmlich große industrielle Länder wie England, sich weigern werden, dieser Körperschaft völlige Bewegungsfreiheit zu gestatten.

Die Pflichten der Überwachungskommission müßten also genau abgegrenzt werden und dürften sich nicht auf Industriespionage erstrecken. Bevor man dem französischen Vorschlag zustimmen könnte, sollten die anderen Länder verlangen, daß eine erhebliche Herabsetzung der Rüstungen innerhalb einer bestimmten Zeit in dem Augenblick sichergestellt sein soll, wo die Überwachungskommission auf Grund der Unterschrift unter die Abrüstungsvereinbarung eingesetzt werde. Es gebe nur zwei Wege: entweder Fortsetzung des bisherigen Zustandes, wobei die bewaffneten Nationen gewaltsam in dem Zustand der Unterlegenheit gehalten werden oder ein vereinbartes System der regulierten Rüstungen mit dem Ziel eines schrittweisen Ausgleichts. Der erste bedeuete, daß Europa bis auf weiteres nicht zur Ruhe kommen werde, der zweite verlange sofortige Opfer, sei aber der einzige, der einen dauernden Frieden erhoffen ließe.

Minister Sed beim französischen Staatspräsidenten.

Paris, 22. September. (P.A.) Gestern nachmittag 4 Uhr wurde der polnische Außenminister Józef Sed vom dem Präsidenten Lebrun empfangen. Während der Unterredung, die einen herzlichen Charakter trug, überreichte der französische Staatspräsident dem Minister Sed die große Schleife der Ehrenlegion. Die Audienz des Ministers bei dem Präsidenten Lebrun dauerte 1½ Stunden.

In den Nachmittagsstunden begab sich Minister Sed in Begleitung von Mitgliedern der Botschaft zum Triumphbogen, wo er am Grabe des Unbekannten Soldaten einen Kranz niederlegte. An dem feierlichen Akt nahm auch der französische Außenminister Paul-Boncour teil, der Ministerpräsident hatte einen Vertreter entsandt.

Abends verließ Minister Sed Paris und reiste mit dem Expresszug nach Genf ab.

Presse-Empfang in der polnischen Botschaft.

Im Laufe des gestrigen Tages empfing Minister Sed in der polnischen Botschaft Vertreter der Auslandspresse, denen gegenüber er betonte, er sei glücklich, daß es ihm vergönnt gewesen sei, in Paris mit hervorragenden Staatsmännern zusammenzukommen und die Ansichten über die beide Staaten interessierende Fragen auszutauschen. Der Minister stellte fest, daß das letzte Jahr ein bedeutender Fortschritt sowohl vom Gesichtspunkt der politischen Lage selbst als auch der Atmosphäre zu verzeichnen sei, in der sich diese Lage entwickle. Diese Tatsache habe uns aber durchaus nicht die Sorge um umfangreichere Probleme erspart. Diese Probleme hätten sich vor allem aus der Tatsache ergeben, daß die ständigen Bemühungen um das Zustandekommen einer internationalen Zusammenarbeit auf unerschütterlichen Fundamenten nicht das Geben hätten, was zu erwarten man das Recht gehabt habe.

Unter diesen Bedingungen sei die persönliche Beziehung mit den Staatsmännern Frankreichs mit um so größerer Befriedigung zu begrüßen, als die ständige Suche nach einer praktischen Art, den Frieden zu organisieren, ungewöhnlich kompliziert sei. Dieses Element erfordere eine große Anstrengung und auch viel Geduld, denn es sei sehr schwierig, den Frieden zu fabrizieren. Der Minister schloß mit der Versicherung, daß es ihm gelungen sei, für alle diese Fragen bei den französischen Staatsmännern volles Verständnis zu finden.

Auf seine Reise nach Genf eingehend, gab Minister Sed seiner Befriedigung Ausdruck, daß es diesmal keine po-

Handelsminister in Simousinen vor dem Senatsgebäude vor, wo eine Danziger Hundertschaft der Schupo Aufstellung genommen hatte. Der preussische Präsentiermarsch erklang, die Schupo präsentierte, und die polnischen Gäste schritten die Front der Ehren-Hundertschaft ab. Sodann begaben sie sich in das Regierungsgebäude. Als sie das Vestibül betraten, das festlich geschmückt war, erklangen Fanfaren.

Beide Minister machten sodann dem Präsidenten des Senats, Dr. Kauchning, und dem Vizepräsidenten Greiser ihren Besuch. Nach Beendigung wurden dieselben Formalitäten wie bei der Ankunft beobachtet. Um 11.10 Uhr fuhr die beiden Präsidenten in einem offenen Auto, das die Präsidentenstandarte trug, begleitet von Eskorten berittener Schupo, zum Gegenbesuch bei den polnischen Ministern vor. Der Aufenthalt ist auf 15 Minuten berechnet.

Um 1 Uhr wird Ministerpräsident Sedrzejewicz den polnischen Kinderhort am Heeresanger besichtigen. Von 4 bis 5 Uhr nachmittags findet eine Hafenbesichtigung statt. Um 5.45 Uhr beginnt ein Tee im Altstädtischen Rathaus, abends ist dann das große offizielle Essen im Roten Saale des Rathauses. Die Abfahrt der polnischen Herren erfolgt um 11.30 Uhr.

nischen Fragen auf der Tagesordnung des Völkerbundes geben werde.

Marshall Pilsudski wieder in Warschau.

Warschau, 22. September. (P.A.) Marshall Pilsudski ist gestern vormittag aus Jaleszczki nach Warschau zurückgekehrt. Er wurde auf dem Bahnhof von Vertretern der zivilen und militärischen Behörden begrüßt. Die Rückfahrt hatte der Marshall über Tarnopol und Lemberg angetreten.

Berschrakter Kurs in Oesterreich.

Wien, 22. September. Die plötzlich eingetretene Kabinettsänderung erregt hier ungeheures Aufsehen. Das bedeutendste Ergebnis ist das Ausschneiden von Vaugoin, der als Heeresminister unerfährbar schien und dessen Weggang einerseits mit seiner zuletzt unverfennbaren Generalschaft gegen neue Tendenzen der Heimwehrführung, andererseits mit seiner beginnenden Verständigung mit den Sozialdemokraten begründet wird. Die Christlich-soziale Partei, deren Obmann er ist, wurde dadurch getroffen, daß außer Dr. Dollfuß fünf andere ihrer Mitglieder Portefeuilles innehaben. Der ausscheidende Heeresminister Vaugoin wurde übrigens zum Präsidenten der Bundesbahnen ernannt.

Die Umbildung der Regierung bedeutet einen großen Erfolg des Heimwehrführers Starhemberg, denn wenn in der Hand des Bundeskanzlers Dr. Dollfuß persönlich außer den Portefeuilles des Außen und des Inneren die gesamte Exekutive, Bundesheer, Polizei und Gendarmerie vereinigt sind, so gilt als sein Stellvertreter der Wiener Heimwehrkommandant und bisherige Sicherheitsminister Major Fey, der Getreueste Starhembergs. Aber auch die Ernennung des Generalobersten a. D. Fürsten Schönburg-Gartenstein, der im legitimistischen Lager als eine führende Persönlichkeit gilt, wird als kennzeichnend für einen verschärften österreichischen Kurs betrachtet.

Starhemberg gegen Dollfuß.

Wien, 22. September. (Eigene Drahtmeldung.) Fürst Starhemberg als Führer der Heimwehren hat einen Befehl erlassen, in dem den Mitgliedern der Heimwehren die Teilnahme an Kundgebungen der Vaterländischen Front des Bundeskanzlers Dollfuß untersagt wird. Die Haltung der Heimwehren im Kabinett Dollfuß scheint also noch keineswegs geklärt zu sein.

NSDAP. in Oesterreich

fordert Selbstbestimmungsrecht

Berlin, 22. September. (Eigene Drahtmeldung.) Der Landespresseschef der NSDAP Österreichs schreibt über die Ereignisse der letzten Tage in Wien, daß die NSDAP Österreichs nach wie vor das Selbstbestimmungsrecht verlange, d. h. volle Wiederherstellung ihrer Rechte und Freiheiten als politische Partei, Rücknahme aller Maßnahmen gegen sie, Ausschreibung von Neuwahlen und Bildung einer neuen Regierung auf Grund des Wahlergebnisses.

Gemischte Gefühle in England

London, 22. September. (Eigene Drahtmeldung.) Die Diktatur Dollfuß ist von der englischen Presse mit etwas gemischten Gefühlen aufgenommen worden, da sie nicht übersehen kann, ob eine ruhige Weiterentwicklung in Österreich im Sinne der englischen Politik sichergestellt ist.

Polen - Sieger im Gordon-Bennett-Fliegen

Washington, 22. September. (P.A.) Die National-Aeronautical Association hat den polnischen Fliegern den ersten Preis in dem Wettfliegen um den Gordon-Bennett-Pokal zuerkannt.

Der zweite Preis wurde dem amerikanischen Ballon, der durch den Oberst Settle geführt wurde, zugesprochen, der dritte dem Ballon „Good-Year“, geführt von dem Piloten van Norman, der vierte dem deutschen Ballon, der fünfte dem belgischen, der sechste dem französischen. Die Wettbewerbskommission hat ermittelt, daß der siegreiche polnische Ballon eine Strecke von 848 englischen Meilen zurückgelegt hat. Die übrigen Ballons 776, 492, 251, 229 und 155 Meilen zurückgelegt.

Die Bestimmungen des Wettbewerbes besagen, daß das Land, dessen Ballon siegreich gewesen ist, im nächsten Jahre das Gordon-Bennett-Fliegen zu organisieren habe.

Wasserstands Nachrichten.

Wasserstand der Weichsel vom 22. September 1933.
Krakau - 1,95, Zawichot + 2,12, Warschau + 2,12, Błocin + 1,06, Thorn + 0,73, Gdansk + 0,74, Culm + 0,64, Graudenz + 0,89, Rurzebrat + 1,03, Biedel + 0,91, Dirschau - 0,22, Einlage + 2,20, Schiewenhorst + 2,40.

Ehre

Es kann die Ehre dieser Welt
Dir keine Ehre geben,
Was dich in Wahrheit hebt und hält
Nur in dir selber leben.

Wenns deinem Innersten gebricht
An echten Stolzest Stütze,
Daß dann die Welt dir Beifall spricht,
Ist all dir wenig nütze.

Das flüchtige Lob, des Tages Ruhm
Magst du dem Eiflen gönnen;
Das aber sei dein Heiligtum:
Vor dir bestehen können.

Theodor Fontane

Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämtlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. — Allen unseren Mitarbeitern wird strengste Verschwiegenheit angedeutet.

Bromberg, 22. September.

Bewölkung.

Die deutschen Wetterstationen künden für unser Gebiet Bewölkung bei wenig veränderten Temperaturen an.

Führertum.

Das Wort vom Führertum liegt heute auf aller Lippen. Man schreit nach Führung. Mit Recht. Es gibt kaum etwas Schlimmeres für Menschen und Völker, als führerlos den Weg durch Dunkel der Geschichte zu stolpern. Führer sein... das war die Bedeutung Moses für seine Zeit. Seine Lebensgeschichte ist charakteristisch, denn es zeigt sich darin, wie über menschlichem Führertum Gottes Führung stehen muß, wenn es seine Aufgabe erfüllen soll. Führer werden kann ja niemand aus eigener Machtvollkommenheit. Solches hat auch Moses erfahren müssen, als er vorzeitig ohne Gottes Weisung mit dem Ägyptermord sich an die Spitze seines Volkes hatte stellen wollen und damit zuschanden wurde. Führer werden kann man auch nicht von Volks- und Menschenmengen. Damit, daß Menschen einen Menschen auf das Schild heben, ist wenig gewonnen. Volkstimme ist wahrlich keineswegs immer Gottes Stimme. Führer werden von Gott geschenkt und gerufen zu seiner Zeit. Den Auftrag, Israel aus der Gefangenschaft in Ägypten zur Freiheit zu führen, erhält Moses von Gott. Das Volk lehnt ihn ab, es hört nicht auf Gottes Stimme „vor Seufzen und Angst und harter Arbeit“. Pharaos wird ihn ablehnen, das weiß Moses ganz genau und gewiß: Siehe die Kinder Israel hören mich nicht, wie sollte ich denn Pharaos hören? (2. Mose 6). Aber weder die Stumpfheit des Volkes noch der Trotz Pharaos können etwas ändern an der Tatsache, daß Gott sich Moses erwählt hat. Führer sind eben nur dann Führer, wenn Gott sie dazu beruft, sonst wird all ihr Mühen und Tun umsonst sein. Dann setzen auch sie sich nicht in der Geschichte durch in eigener Kraft oder durch Volksmacht, sondern Gott führt sie zum Siege. Ein rechter Führer ist immer ein Geführter, ein von Gott geführter. Führertum ist Gottesgnade.

D. Blau-Posen.

Wenn die Hasel reift.

Um diese Zeit, da der Sommer von uns scheidet und die Blätter der Bäume sich bunt zu färben beginnen, beginnt die Ernte der braunen Haselnüsse. In den letzten Jahrzehnten hat man in Deutschland mehr Wert auf die lohnende Haselnußkultur gelegt. Früher wurde der Bedarf durch die in deutschen Wäldern und Gärten wachsenden Haselnüsse lange nicht gedeckt, und große Mengen mußten aus dem Ausland eingeführt werden. Jetzt hat man erkannt, daß die verschiedenen in Deutschland vorkommenden Arten der schmackhaften Früchte durchaus nicht nur eine Leckeret, sondern ein wertvolles Nahrungsmittel sind, dessen Fett- und Eiweißgehalt ebenso groß ist wie der des besten Fleisches. Der Anbau des Haselstrauchs nimmt immer größeren Umfang an und liefert recht gute Erträge.

Am besten schmecken natürlich frische Nüsse jüngster Ernte. Das wissen auch die Vögel genau, die heimlich in den Wald ziehen, um Nüßernte zu halten. Sie kennen genau die Stellen, wo die besten Haselnüsse zu finden sind, und ehe sie vom Waldbüsch erwischt werden, haben sie sich längst alle Täschen vollgestopft.

Im Kult und im deutschen Volksgebrauch hat der Haselstrauch seit altersher eine besondere Bedeutung. Die altgermanischen Gerichtsstätten (Halsach) wurden durch Haselzweige abgegrenzt. Besonders die jungen, einjährigen Triebe des Haselstrauchs sollen eine geheimnisvolle Kraft aufweisen. Sie wurden den Toten ins Grab mitgegeben zum Schutz gegen böse Geister. Sie sollen auch vor Blitzgefahr schützen, daher werden in vielen Gegenden Deutschlands heute noch in den Gärten Haselsträucher als Gewitterhüter angepflanzt. Die Haselnüsse soll auch gegen den Biss von Schlangen schützen. In germanischen Sagen wird sie mit dem Donnergott und der Midgardschlange in Verbindung gebracht. Überhaupt kann man den Haselstrauch in Sage und Volksmärchen, in Sitte und Brauch, in Volkslied und Volksrätsel immer wieder antreffen. Seit grauer Vorzeit ist er ein besonderer Liebling des deutschen Volkes. Eine besondere Bedeutung haben die Haselgersten als Wünschelrute. Ein einjähriger Haselzweig wird in der Johannisnacht unter frommen Zeremonien mit einem noch nie benutzten Messer abgeschnitten. Dieser Zweig soll die geheimnisvolle Eigenschaft haben, verborgene Metallschätze und unterirdische Wasservorkommen aufzufinden. Bis in die neueste Zeit hinein beschäftigten sich die Forscher mit Versuchen, das Wunder der Wünschelrute auf natürliche Weise zu erklären. Der Rutenführer, der natürlich fest an die Kraft der Wünschelrute glauben muß, hält auf seinem Suchgang die beiden Haselenden fest in den Händen. Durch einen Ausschlag nach unten soll die Rute dann anzeigen, wo die gesuchten Schätze im Boden liegen.

Die Haselnüsse gilt auch als Sinnbild der Fruchtbarkeit. In vielen Gegenden ist es üblich, daß fromme Bauern ein paar Haselnüsse im Stall vergraben. Bei Hochzeitsfeiern ist es vielfach Brauch, daß die Braut Nüsse unter die Gäste wirft. Das junge Paar, das ein „Wieliebchen“, eine zweternige Nuss, ist, wird dann selbst ein Brautpaar werden.

§ Ein Kreisomitee zur Unterstützung der Nationalanleihe wurde durch eine von dem Starosten Dr. Nowak einberufene Versammlung, die im Sitzungssaale des Kreis-ausschusses zusammentrat, gegründet. Das Komitee wendet sich mit einem Aufruf an die Bevölkerung zur Unterstützung der Anleihe. An der Versammlung nahmen die Vertreter aller Stände des Kreises Bromberg teil.

§ Rückgang des Eisenbahnverkehrs. Im zweiten Jahresviertel ist der Personen- und Güterverkehr auf den polnischen Eisenbahnen erheblich zurückgegangen. Im zweiten Viertel 1933 zählten die Bahnen 25 452 132 Reisende, gegenüber 29 464 076 im Vorjahre. Dementsprechend fiel auch der Güterverkehr von 10 822 330 Tonnen im Vorjahre auf 9 950 390 Tonnen. Der Rückgang des Personenverkehrs beläuft sich auf 13,6 Prozent, der des Güterverkehrs auf 8,1 Prozent.

§ Ein entsetzlicher Unglücksfall ereignete sich in dem Dorfe Wierzbucin, Kreis Bromberg. Dort war bei der Besitzerin Marija Lastowski die 17jährige Aniela Pipilkówna beschäftigt. Am Mittwoch geriet die P. während der Drehschleife mit dem linken Fuß in das Getriebe der Drehschleife, wobei dem unglücklichen Mädchen das Bein bis oberhalb des Knies abgerissen wurde. Die Bedauernswerte wurde nach dem Krankenhaus in Crone gebracht, wo sie jedoch nach kurzer Zeit infolge des Blutverlustes verstarb.

§ Wegen Dokumentenfälschung hatte sich vor der Strafkammer des hiesigen Bezirksgerichts der 30jährige Arbeiter Leon Raczmarek von hier zu verantworten. R., der das Geld für eine neue Radfahrkarte sparen wollte, verwandelte in seiner alten Fahrradkarte die Jahreszahl 1932 in 33. Als er von einem Polizisten mit seinem Rade angehalten wurde und diesem die Karte vorzeigte, bemerkte der Beamte sofort die Fälschung. R. wurde zu 6 Monaten Gefängnis mit dreijährigem Strafschub verurteilt.

§ Ein Messerhieb hatte sich in der Person des 32jährigen Arbeiters Franciszek Ciechoracki aus Mariapol, Kreis Bromberg, vor der Strafkammer des hiesigen Bezirksgerichts zu verantworten. Der Angeklagte, der aus dem Untersuchungsgefängnis dem Gericht vorgeführt wurde, hatte am 21. Juli d. J. dem 31jährigen Landwirt Leon Grondek auf der Chaussee aufgelauert. Nach einem kurzen Wortwechsel stürzte er sich auf G. und brachte diesem zwei gefährliche Messerhiebe in die rechte Seite bei. Trotz der schweren Verletzung packte der Überfallene den G. und versuchte ihn auf die Erde zu werfen, wobei er jedoch noch weitere elf Messerhiebe von dem Angeklagten erhielt. Durch den großen Blutverlust verlor G. die Besinnung. Der Messerheld konnte kurz danach von der Polizei ermittelt und festgenommen werden. Vor Gericht gibt G. an, daß nicht er den G., sondern dieser ihn überfallen hätte und er sich nur gewehrt habe. Der Überfallene sagt als Zeuge vor Gericht aus, daß der Angeklagte die Tat aus Rache begangen habe, da er ihn verdrängte, er hätte den G. wegen eines begangenen Diebstahls angezeigt. Wie aus den weiteren Zeugenaussagen hervorgeht, habe der Angeklagte den Überfall auf G. schon lange geplant und an dem kritischen Tage diesem hinter einem Gebüsch aufgelauert. Nur der kräftige Körperbau des G. sei es zu danken, wie der medizinische Sachverständige ausführt, daß G. überhaupt mit dem Leben davonkam. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu 2 Jahren Gefängnis.

§ Kindesleichenfund. Gestern vormittag wurden in der Nähe des Sägewerkes Schönhausen (Zimna Woda) Arbeiter auf ein auf der Brache schwimmendes Paket aufmerksam. Das Paket wurde herausgeholt, und man fand darin die Leiche eines etwa vier Tage alten Säuglings. Die Polizei wurde von dem traurigen Funde verständigt und hat eine Untersuchung eingeleitet.

§ Verurteilte Radaubröder. Vor der Strafkammer hatten sich die Arbeiter, der 35jährige Bronislaw Dobrzynski, der 30jährige Franciszek Koczorowski, der 25jährige Kaziemierz Gajzak und dessen 20jähriger Bruder Valentin, sämtlich in Fordon wohnhaft, wegen Körperverletzung zu verantworten. Am 6. März d. J. hatten die Angeklagten in Fordon den 64jährigen pensionierten Finanzbeamten Thomas Motas überfallen und bis zur Bewußtlosigkeit geschlagen. In dem genannten Tage war M. in Gesellschaft eines Bekannten, des Fleischermeisters Mieczyslaw Guderfki, spazieren gegangen. Als sie bei den Angeklagten, die eben eine Gastwirtschaft verlassen hatten, vorübergingen, hörte M., wie sie Schimpfwörter hinter ihm herriefen. Beide Männer reagierten zuerst nicht darauf, als die Angeklagten jedoch nicht aufhörten, im Gegenteil den M. zu verhöhnen, begannen, stellte G. diese zur Rede. G. wurde sofort umringt und erhielt von dem Angeklagten D. einen Faustschlag ins Gesicht. Der Geschlagene setzte sich mit einem Spazierstock zur Wehr, war jedoch schließlich gezwungen, zu fliehen. Die vier setzten dem G. jedoch nach und ergriffen unterwegs den M., an dem sie nun ihr Mitleiden küßten und ihn solange schlugen, bis er das Bewußtsein verlor. Vor Gericht versuchten die Angeklagten den Vorfall so darzustellen, als seien sie von M. und dessen Bekannten angerempelt worden. Die Angeklagten, die der Polizei als Radaubröder bekannt sind, wurden zu je 6 Monaten Gefängnis verurteilt.

§ 00 Debenke (Debionek), Fr. Wirsitz, 21. September. Ein großer Einbruchsdiebstahl wurde in vergangener Nacht bei dem Besitzer Karl Wagner, Jezorki (Seetal), verübt. Gestohlen wurden dem Besitzer sämtliche Anzüge, der Tochter Mäntel und Kleider, Armbanduhr und sämtliche Wäsche. Der Schaden beträgt 1000 Zloty. Die Diebe sind unerkannt entkommen.

Am letzten Sonntag feierte der Jugendbund von Hermannsdorf in dem festlich geschmückten Gotteshaus sein Jahresfest. Durch Vorträge, Chorgesänge, Chorlieder und Chorlieder des Mädel Gesangsvereins wurde der Feier ein besonders festliches Gepräge gegeben. Mit Gebet und Segen sowie einem gemeinsamen Pöde fand das Fest seinen Abschluß.

§ Gnesen (Gniezno), 21. September. Vor dem Strafgericht des hiesigen Bezirksgerichts fand unter großem Andrang des Publikums die Verhandlung gegen die 26jährige Gruszczyńska aus Roja bei Gnesen wegen Gattenmordes statt. Wie die Verhandlung ergab, war die Ehe keine glückliche. Es kam des öfteren zu unliebsamen Szenen,

Reitjagden Herbst 1933. Der Danziger Reiterverein veranstaltet gemeinsam mit der Danziger Reitgesellschaft in diesem Herbst 5 Reitjagden, außerdem werden bei der Danziger Reitgesellschaft 2 Jugendjagden geritten. Die erste Jugendjagd findet bereits am Sonnabend, dem 23. September, im Gelände Oliva-Schmierental-Dorfstrasse-Renneberg-Strauchmühle statt, die zweite am Sonnabend, dem 30. September, endet gegen 16 Uhr auf dem Rennplatz Joppot. Zurzeit hält die Reitgesellschaft Übungsgeländeritte ab, um Reitern und Pferden ein gewisses Training für die Jagden zu geben. (6377)

fo auch am 16. Mai d. J., dem Tage der Katastrophe. Der Chemann forderte von der Angeklagten die Vergabe von 6000 Zloty, um wieder nach der Fremdenlegion zurückkehren zu können, wo er bereits 6 Jahre gewesen ist. Die Frau gab aus einem Revolver mehrere Schüsse auf den Chemann ab, der schwer verletzt wurde. An diesen Verletzungen ist er nach ca. 4 Wochen im städtischen Krankenhaus verstorben. Der Staatsanwalt beantragte die Todesstrafe, das Gericht erkannte auf 8 Jahre Gefängnis. Wegen dieses Urteils legten der Staatsanwalt sowie die Verteidigung sofort Berufung ein.

Am 5. Oktober findet hier ein Pferde- und Viehmarkt statt.

z Znowroclaw, 21. September. Eine unangenehme Entdeckung mußte der Küster der hiesigen evangelischen Kirche am Donnerstag früh machen. Der eine starke gemauerte Gießkessel am Gartenzaun der Kirche war bis zur Hälfte heruntergerissen. Über den Täter konnte noch nichts in Erfahrung gebracht werden.

Auf frischer Tat ertappt wurde gestern ein minderjähriger Junge, als er gerade dabei war, den Opferkasten in der Marienkirche an der ul. Torunska zu berauben. Es handelt sich um einen 14jährigen Jungen, der der hiesigen Kriminalpolizei als systematischer Dieb bekannt ist.

Der siebenjährige Edmund Nadolny von hier begab sich mit seinen Eltern auf das Kartoffelfeld. Während letztere mit Kartoffelbaden beschäftigt waren, ging der Knabe zu der in der Nähe gelegenen Feldgrenze, wo er einige Tollkirschen fand, die er aufaß. Kurze Zeit darauf mußten die unglücklichen Eltern die Feststellung machen, daß der Knabe vergiftet war. Alle Versuche, ihn zu retten, blieben erfolglos und so starb der Knabe bald darauf.

Der Arbeiter Michal Paluszek aus Godybia bei Znowroclaw war damit beschäftigt, einen Baumstamm zu zerhacken, als plötzlich eine Explosion erfolgte. In dem Baumstamm befand sich eine Granate, die durch den Anschlag mit der Axt explodiert war. Dem P. wurden sämtliche Finger der rechten Hand abgerissen. Man schaffte den unglücklichen Mann in das hiesige Krankenhaus.

* Znowroclaw, 21. September. Vor dem hiesigen Standgericht werden sich am 29. d. M. drei Banditen, nämlich ein Franciszek Redman, ein Josef Borowiecki und als dritter ein Stanislaw Rogacki wegen sechs in letzter Zeit verübter blutiger Überfälle und wegen mehrfacher Einbrüche zu verantworten haben. Die Verhandlung findet vor einer detachierten Kammer des Bromberger Bezirksgerichts statt. Den Vorsitz führt dabei der Vizepräsident des Bromberger Bezirksgerichts, Szechowicz. Den Angeklagten droht die Todesstrafe.

+ Pissa (Pezno), 21. September. Ein schwerer Jagdunfall ereignete sich bei einer Rebhühnerjagd auf dem Gute Kirchen-Dombrowko (Gorka duchowna). Einem Jagdteilnehmer fiel aus Unvorsichtigkeit die Flinte zu Boden. Durch die Erschütterung entlief sich das Gewehr und die Ladung traf einen Rittergutbesitzer ins Gesicht. Die erste Hilfe leistete Dr. Theume-Schmigel, worauf man den Schwerverletzten ins Krankenhaus nach Posen transportierte.

Der gestern hier abgehaltene Viehmarkt war sehr gut besucht; es wurden viel Käufe getätigt. Insgesamt wurden 480 Stück Vieh aufgetrieben.

Gestohlen wurden in der vergangenen Woche in Schmigel dem Gärtnereibesitzer Hallant ein Pflug und eine Egge und dem Landwirt Gryder ein Schwein.

i. Rakel, 21. September. Diebe drangen nachts in die Scheune des Besitzers Przegoda, Rakel-Abbau, ein und stahlen dort den zur Saat eingesackten Weizen und Roggen. Als sie am nächsten Tage das Getreide bei einem Rakeler Getreidekaufmann verkaufen wollten, war dieser aber schon von dem Diebstahl unterrichtet und erstattete Anzeige bei der Polizei. Die beiden Diebe wurden festgenommen und das Getreide dem Eigentümer zurückgegeben.

z Posen, 21. September. Die gestrige Stadtvorordnetenversammlung war die erste, die nach dem neuen Selbstverwaltungsgezet unter der Leitung des Stadtpräsidenten Rakajski stattfand und von diesem mit einem Appell an die Stadtväter zur Zeichnung der Inneren Anleihe eröffnet wurde. Er gab u. a. bekannt, daß jeder Stadtverordnete, der dreimal hintereinander der Stadtverordnetenversammlung fernbleibt, seines Mandates verlustig gehen kann. Innerhalb der Tagesordnung wurden für das Wegebaubudget 140 000 Zloty, davon 40 000 Zloty für die Entwässerung des neuen Friedhofsgeländes in Junkowo, bewilligt. Beschlossen wurde unter dem Widerspruch des Stadtv. Brygier (Kommunist) eine Erhöhung der Vergütung an die Vorstandsmitglieder der Kommunalparafie. Den Schluß der nur ½ Stunde dauernden Sitzung bildeten der Verkauf von städtischen Parzellen für den Bau von Wohnhäusern, sowie von Gelände an den Akademischen Sportverband und der Kauf eines Grundstücks vom Posener Radio.

Selbstmord durch Erhängen verübte gestern aus unbekannter Ursache ein 55jähriger Droschkentischer im Stalle des Hauses Kirchstraße 35.

Von unbekannten Mordtäter überfallen und furchtbar verprügelt wurde gestern abend in der Nähe des Stadions der Rosenstraße 10a wohnhafte Stanislaw Karpinski.

Bei der Firma „Zgoda“, fr. Große Berlinerstraße 12/16 wurde ein nächtlicher Einbruch verübt, bei dem außer 50 Zloty Bargeld große Mengen Kolonialwaren, Zigarren und Zigaretten gestohlen wurden.

Chef-Redakteur: Gottfried Starke (beurlaubt); verantwortlicher Redakteur für Politik: Johannes Kruse; für Handel und Wirtschaft: i. V. Marian Heyke; für Stadt und Land und den übrigen unpolitischen Teil: Marian Heyke; für Anzeigen und Nekramen: Edmund Przegodski; Druck und Verlag von M. Dittmann & Co. v. p., sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten einschließlich „Der Hausfreund“ Nr. 218.

3325	g. Sadowski, Langiewiczza 3.	pożyczka domu, pow. Chełmno. 6808	Edwine Loepper, Dnia, Pommerische Str. 166. 5658
------	---------------------------------	--------------------------------------	-----------------------------------------------------

Bromberg, Sonnabend den 23. September 1933.

Bommerellen.

22. September.

Graudenz (Grudziadz).

Das Schularztwesen

in den Graudenz Volkschulen.

angemessen zu regeln, war für die hiesige Stadtverwaltung eine schwierige Frage. Angesichts des schmalen Budgets blieb nichts anderes übrig, als die Angelegenheit lediglich dem Stadtarzt Dr. Wachowski zu übertragen, der mit Rücksicht auf die ungünstige städtische Finanzlage diese Sorge denn auch übernahm. Dr. Wachowski begann die Untersuchungen bei den Kindern des 1. Schuljahrganges. Diese werden untersucht: 1. auf ansteckende Krankheiten, 2. auf die Sehfähigkeit, 3. auf die Beschaffenheit des Herzens und anderer innerer Organe, sowie der Nerven. Nach durchgeführter Untersuchung und Eintragung des Befundes in die Evidenzkarte jedes Kindes bespricht der Schularzt mit den einzelnen Klassenlehrern den Gesundheitszustand der Schulkinder und gibt Hinweise über eine etwa nötige individuelle Behandlung dieses oder jenes Kindes. Bei Verschickung geht die Evidenzkarte in die höhere Klasse mit und gibt somit eine Übersicht über die gesamte gesundheitliche Entwicklung der Kinder. Dadurch wird zugleich bewirkt, Krankheiten vorzubeugen und eventuelle Fehltritte in der Erziehung der Schulkinder zu vermeiden.

Das Ergebnis der ärztlichen Untersuchung, das in der Besprechung mit den Klassenlehrern näher erörtert worden ist, wird den Eltern bekanntgegeben, um ihnen zu ermöglichen, Mängeln in der Entwicklung der Kinder vorzubeugen und damit vorkommendenfalls einen schlimmen Ausgang zu verhindern.

Selbstverständlich ist die vorstehend geschilderte ärztliche Schulversorgung nur als bürgerlicher Notbehelf zu betrachten. Da aber die eigentlich erforderliche Einrichtung, jeder Schule einen besonderen Schularzt zu stellen, aus pecuniären Gründen nicht durchzuführen ist, muß man die an deren Stelle getroffene Regelung, auch wenn sie nur einen ganz bescheidenen Ersatz darstellen kann, trotzdem mit gewisser Befriedigung begrüßen.

Raubüberfall oder Simulation?

Der hiesigen Polizei zeigte am späten Abend des letzten Dienstag der Brotefahrer der Firma Goraj in Mińskie (Mińsk), namens Sikierzki, an, daß er an diesem Tage gegen 5 Uhr nachmittags auf der Chaussee Graudenz-Mińskie von drei ihm unbekannten Personen überfallen wor-

den ist. Einer der Banditen habe ihm mit einem stumpfen Gegenstand einen Schlag auf den Kopf versetzt, während die übrigen beiden Täter den Brotwagen umgestürzt und 5 Loth Brot sowie 17 Loth Bargeld geraubt hätten. Das sonstige Geld, das L. im Betrage von 48 Loth bei sich geführt habe, sei ihm von den Angreifern aber belassen worden. Von der Polizei angestellte Recherchen haben in dieser Angelegenheit nichts ermitteln können, was die Wahrscheinlichkeit der S.ichen Angaben bestätigen könnte. Im Gegenteil, man hat Anzeichen dafür gefunden, daß das Raubattentat wahrscheinlich durch den Anzeiger erdichtet sein dürfte. Die Sache wird weiter untersucht.

× Ein Holzdiebstahl und seine Folgen. Vor dem Bezirksgericht hatte sich der 57-jährige Arbeiter Karol Dąbrowski aus Adl. Waldau (Waldowo Szlacheckie) wegen eines tätlichen Angriffs auf einen Förster zu verantworten. Die Sache hatte folgenden Verlauf: Am 25. Januar traf der Förster Wincenty Grochowski bei seinem Reviergange im Revier 16 der staatlichen Försterei Weiskheide (Wiskheide) zwei Männer beim Zerschlagen eines Baumes an. Es waren dies der Angeklagte und ein gewisser Jan Maślinski aus Weburg (Wiewiórki), Kr. Graudenz. Der Aufforderung des Förstereamten, mit dem Holzschneiden aufzuhören, leisteten die beiden Leute Folge. Maślinski lief davon, der Angeklagte aber stürzte sich wie ein Wilder auf den Förster und schlug ihn mehrere Male mit der Säge, ihm einige tiefe Wunden beibringend. Sodann riß Dąbrowski dem Förster, der durch die erhaltenen Schläge und Verletzungen in seiner Widerstandskraft geschwächt war, das Gewehr aus der Hand und schlug auch damit einige Male auf ihn ein. In der Gerichtsverhandlung war der Angeklagte im allgemeinen geständig, bestritt allerdings, den Förster mit der Säge geschlagen und verwundet zu haben. Zum Kampfe mit dem Förster habe er, so behauptete Dąbrowski, „nur“ sein Taschmesser, das er gewöhnlich bei sich trage, benutzt. Das Gericht fällte nach durchgeführter Verhandlung ein Urteil, demzufolge dem Angeklagten für seine rohe Tat eine Gefängnisstrafe von 6 Jahren auferlegt worden ist.

× Marktdiebstähle haben sich in letzterer Zeit des öfteren ereignet. Vor einigen Wochen wurde auf dem Getreidemarkt einer Dame ein erheblicher Gelbbetrag und einer anderen Dame ein wertvoller Schmuck während des Menschen-gewühls entwendet. Am Mittwoch nun häßte eine Hausfrau aus der Petersilienstraße (Waska) während des Marktes ihr Portemonnaie mit einem zum Glück nicht allzu bedeutenden Gelbbetrag durch Taschendiebstahl ein.

× Laut letztem Polizeibericht sind Auguste Behr, Kalkhofstraße (Kalkinowa) 6, Wäscheputzerin im Werte von 200

Loth, ferner Pelagia Szmariska aus Bessen (Lasin) 20 Pfund Schmalz von ihrem Wagen, der vor einem Restaurant hielt, sowie Paweł Karaczynski, Schulstr. (Szkoła) Nr. 3, aus seiner Wohnung ein Gelbbetrag von 11 Loth entwendet worden. — Festgenommen wurden ein Dieb und ein Betrunkener.

Bereine, Veranstaltungen

und besondere Nachrichten.

Die rühmlichst bekannte Tanz- und Gymnastikschule Edith Zahn aus Joppot wird auch an der „Fahrt ins Blaue“, dem Oktoberfest der Deutschen Bühne Grudziadz, am Sonnabend, dem 7. Oktober, im Gemeindehause teilnehmen und zu Beginn des Festes nach dem Einzug außer Gymnastikdarbietungen zum Vortrag bringen: Einen Marsch (7 Damen), einen Walzer (7 Damen), eine Humoreske „Bank der Martiweiber“ (5 Damen), ein Menuett (4 Damen) und einen Tanz von Krieg (7 Damen). Allein diese Darbietungen lohnen sich schon den Besuch des Festes, das auch sonst in dem ganzen Aufbau den künstlerischen aber auch humorvollen und lebensfrohen Charakter wie bei den früheren Bühnenfesten beibehalten wird. Die Aufführungen beginnen pünktlich 20 Uhr 30. Wer keine Einladung erhalten hat, schreibe deswegen an den Vorsitzenden Arnold Kriedte, Grudziadz, Mickiewicz 10, denn ohne Einladung wird keine verbilligte Fahrkarte zur „Fahrt ins Blaue“ abgegeben.

Thorn (Toruń).

Der „gute Ton“ in der Journalistik.

In dem seiner deutschfreundlichen Einstellung wegen „rühmlichst“ bekannten „Słowo Pomorskie“ finden wir in der heutigen Freitag-Ausgabe Nr. 218 folgende Notiz:

„Im Zusammenhang mit der 250-Jahrfeier der Entdeckung Wiens schreiben wir vor einigen Tagen, daß vor 50 Jahren in Thorn, während der 200-Jahrfeier, die Anbringung einer Gedenktafel geplant war. Die eiserne Tafel mit entsprechender Inschrift war schon fertiggestellt, die deutschen Behörden aber gestatteten nicht ihre Anbringung. Wie sich im Leben aber alles ändert: die deutschen „Behörden“ haben sich dorthin verlegt, wo der Pfeffer wächst, und die Tafel wird am Rathaus eingemauert werden gemäß dem Wunsche unserer Väter und Großväter. Der Angelegenheit hat sich ein Komitee angenommen, das am 18. d. M. zusammentrat.“

Was würde das „Słowo Pomorskie“ und die gesamte andere polnische Presse wohl schreiben, wenn unsere deutschstämmigen polnischen Staatsbürger die Anbringung einer Gedenktafel anläßlich der Niederwerfung des ganz Europa bedrohenden Kommunismus und Bolschewismus, wie er in diesem Jahre in Deutschland sicherlich zum Nutzen des ganzen Abendlandes erfolgte, vorschlagen würden? *

Anzeigen-Akademie für Thorn:
Justus Wallis, Schreibwarenhaus, ul. Szeroka 34.

Thorn.

Hochmännliche Beratung - Kostenanschläge usw.
unverbindlich.

Heute mittags 12 Uhr verschied nach langem schweren Leiden mein
herzensguter, treusorgender Mann, mein geliebter Vater, der

Prokurist

Adolf Altschoeller

im 46. Lebensjahre.

Dies zeigen Schmerzerfüllt an

im Namen der Hinterbliebenen

Marga Altschoeller
und Sohn Ulrich.

Toruń, den 21. September 1933.

Die Beerdigung findet am Sonntag, dem 24. d. Mts., mittags
12 Uhr, von der Leichenhalle des altstädtischen evangelischen Friedhofes
aus statt.

Es ist bestimmt in Gottes Rat,
Daß man vom Liebsten, was man hat, muß scheiden.

Durch plötzlichen Tod wurde uns unser Mitarbeiter, der

Prokurist

Herr Adolf Altschoeller

entrißen.

Der Verstorbene war uns stets ein Vorbild treuer
Pflichterfüllung und ein jederzeit hilfsbereiter Kamerad.

Wir werden ihm ein freundliches Andenken bewahren.

Die Beamtenchaft
der Fa. Laengner & Illgner, Toruń.

Thorn, den 21. September 1933.

Damenhüte

neueste Modelle, empv.
M. Doga, Moskowa 23
(gegenüber Buchmann)

Piano, freuzsait.,
erbittet Preisangebots
Zabel, Toruń, Razim.
Jagiellonczyk 8.

Kaufe Gold und
Silber
Hoffmann, Goldschmiede-
meister, Bielars 12. 6799

Goldfüllhalter

Qualitäts - Füllhalter
mit 14-kar. Goldfeder
in allen Spitzenbreiten
zu haben bei

Justus Wallis,
Papierhandlung, Büro-
bedarf, Toruń.

Reparaturen sämtlich.
Goldfüllhalter-Systeme
werden schnellstens
ausgeführt.

Möbl. Zimm. mit
für Schüler od. Erwach.
ab 1.10., dabei guter
Privatmittagstisch
Stowackiego 79, 2 Tr.

Heute verschied mein langjähriger Mitarbeiter und

Prokurist

Herr Adolf Altschoeller.

Mit dem Entschlafen verliere ich einen Mann,
der stets in vorbildlich aufopfernder Weise sein ganzes
Wissen und Können für unser Unternehmen eingesetzt hat.

Ernst Laengner
i. Fa. Laengner & Illgner.

Thorn, den 21. September 1933.

Von der Reise zurück. 6740
Zahnarzt Scharf
Male Garbars 2. 10-12, 3-5 Uhr.

Hebamme

erteilt Rat, nimmt Be-
stell. entgegen, Distret.
zugeliefert. Friedrich,
Toruń. sw. Jakóba 15.

Maßanfertigung 6742
Damenmäntel
Kostume - Pelze.
Garant. gut. Sit. saub.
Verarbeit. W. Szandler,
Toruń. sw. Jakóba 15. Prosta 2. 3 Treppen.

Kirchl. Nachrichten.

Sonntag, den 24. Sept. 1933
15. Sonntag n. Trinitatis.

Andal. Nachm. 3 Uhr
Gottesdienst.
Tuchel. Vorm. 10 Uhr
Predigtgottesdienst.
Wisch. Vorm. 10 Uhr
Gottesdienst.
Renjan. Vorm. 10 Uhr
Gottesdienst.

Todes-Anzeigen

auf Bogen und Karten in den ver-
schiedensten Ausführungen liefert
sofort am Tage der Bestellung

Justus Wallis

Papierhandlung
Toruń, Szeroka 34.

Graudenz.

Deutsches Klubhaus S. C. G.
Sonnabend, den 23. September, um 20.30 Uhr
Preis-Stat-Turnier. 6804

Für Konzerte Gesellschaften u. Tanz
empfehlen sich 4304
Kapelle R. Jeske, Mickiewicz 22, Wg. 6.

1. Schlofferlehrling

stellt sofort ein 6737
F. Mögelin,
ulica Roscielna 27/29.

5-Zimmer-Wohnung

2 Trepp., sonn., reichlich
Zubeh., vom 1. Oktbr.
zu vermieten 6802
Groblowa 19, part. IIs.

Suche zum 1. Oktbr. in
Grudziadz eine
4-5-Zimm. Wohn.
Off. unt. Nr. 6800 an die
Geschäftsst. A. Ariedie.

Aquarium

ohne Inhalt zu kaufen
geucht. Ang. u. Nr. 6801
an die Geschäftsstelle
A. Ariedie, Grudziadz.

Kirchl. Nachrichten.

Sonntag, den 24. Sept. 1933
15. Sonntag n. Trinitatis.

* Bedeutet anschließende
Abendmahlsfeier.
Wittenburg. Gentes.
dankfest. Vorm. 7/10 Uhr
Gottesd. * Jungmädchen-
verein.

Sensationelle Aufklärung des Einbruchs in das Bureau des Thorner Brauhauses.

In der Nacht zum 16. vorigen Monats statteten, wie wir seinerzeit berichteten, Geldschrankräuber dem Bureau des Thorner Brauhauses in der Al. Markstr. (ul. Browarna) einen unerwünschten Besuch ab. Die Täter verschafften sich mittels Dietrichs oder Nachschlüssels Zugang zu dem Raum, in dem sich der eiserne Geldschrank befindet, und rückten denselben mit einem Krebs zu Seite. Nachdem sie die eine Seitenwand aufgeschnitten hatten, gaben sie, ohne auch das Innere, in dem ca. 800 Zloty aufbewahrt waren, angerührt zu haben, ihre Arbeit auf und verließen das Gebäude auf demselben Wege, den sie gekommen waren. Vermutlich wurden die Eindringlinge durch den nachts nach Hause heimkehrenden Brauereidirektor Janca gestört. Bei den sofort durch die Kriminalpolizei angestellten Ermittlungen lenkte sich der Verdacht der Täterschaft auf Maksymilian Grenda, von Beruf Schlosser, der früher in der Brauerei arbeitete und mit den Verhältnissen in den Bureauräumen gut vertraut ist, sowie auf einen gewissen Rafalski. Die Genannten wurden verhaftet und in Untersuchungshaft genommen, mußten später aber wieder entlassen werden, da ihnen nichts nachgewiesen werden konnte.

Dieser Tage meldete sich bei dem Brauereidirektor Janca ein gewisser Rafalski und bot sich dazu an, die Täter des Raubeneinbruchs gegen eine entsprechende Belohnung namhaft zu machen. Direktor Janca ging auf diesen Vorschlag ein und erfuhr, nachdem er Rafalski 50 Zloty ausbezahlt hatte, die Namen der Täter. Gleichzeitig bezeichnete Rafalski, der selbst an dem Einbruch beteiligt war, die Stelle, an der der „Krebs“ vergraben wurde. Als Anstifter und Haupttäter wurden von Rafalski namhaft gemacht: Grenda, früherer Angestellter der Brauerei, sowie ein Prąbylski.

Da die von Rafalski gemachten Angaben über die Täter des Raubeneinbruchs mit dem polizeilichen Untersuchungsergebnis übereinstimmen, wurden sowohl Grenda als auch Prąbylski verhaftet und zusammen mit ihrem Verräter Rafalski in Untersuchungshaft genommen. Bei den an der bezeichneten Stelle neben der Villa des Dr. Jacobson angestellten Nachgrabungen wurden der Krebs und andere Einbruchsinstrumente gefunden.

⊕ Von der Weichsel. Der Wasserstand ist von Mittwoch bis Donnerstag früh nur noch um 3 Zentimeter auf 0,73 Meter über Normal zurückgegangen und dürfte, nach dem aus dem Mittellauf vorliegenden Meldungen, nun wieder ansteigen. In Warschau hat sich der Wasserpiegel in den letzten 24 Stunden bereits um fast 60 Zentimeter gehoben. — Am Weichselhafen trafen ein: Personendampfer „Faust“ auf der Fahrt Warschau—Danzig und Personendampfer „Mars“ in entgegengesetzter Richtung; Johann Passagierdampfer „Barneczak“, der Donnerstag früh wieder dorthin zurückfuhr. Die Schlepper „Minister Dubecti“ und „Dubecti“ passierten, von Danzig kommend, mit fünf Rädhern die Stadt auf der Fahrt zur Hauptstadt.

* Achtung, Hausbesitzer! Ein unbefugter Mann besucht z. Bt. Haus um Haus und verlangt von den Besitzern den Kauf polizeilicher Hausvorschriften, die angeblich vom Burgstarosten zur Anbringung in den Hausfluren empfohlen bzw. angeordnet seien und pro Stück 1 Zloty kosten. Der Mann tritt äußerst sicher auf und fordert direkt die Anschaffung unter Androhung von Strafen! Wie sich herausgestellt hat, ist dieser Mann ein Schwindler, der seine in irgend einer Druckerlei hergestellten Hausvorschriften günstig loschlagen will. Man lehne also ruhigen Gewissens den Kauf ab und übergebe den Mann dem nächsten Polizeiposten, sofern er frech auftreten sollte.

† Der Verein der Restauratoren, Café- und Hotelbesitzer hielt Mittwoch seine Monatsversammlung im „Schützenhause“ ab. Vorsitzender Penkalla berichtete über die Tagung des Pommerellischen Verbandes und über den Allpolnischen Gastwirte-Kongress am 8. d. M. in Wilna, an dem er mit Herrn Smetter Pommerellen repräsentierte. Zur Besprechung kam sodann die im Interesse der Hebung der inländischen Wollzucht gegebene Anregung, in den Gastwirtschaften mehr Hammelfleisch als bisher in den verschiedensten Zubereitungen anzubieten. Die Sache war vorher schon mit Ingenieur Jedwicki von der Landwirtschaftskammer und zwei Vertretern der Fleischzuchtungsdisziplin diskutiert worden.

† Der Verein der Restauratoren, Café- und Hotelbesitzer hielt Mittwoch seine Monatsversammlung im „Schützenhause“ ab. Vorsitzender Penkalla berichtete über die Tagung des Pommerellischen Verbandes und über den Allpolnischen Gastwirte-Kongress am 8. d. M. in Wilna, an dem er mit Herrn Smetter Pommerellen repräsentierte. Zur Besprechung kam sodann die im Interesse der Hebung der inländischen Wollzucht gegebene Anregung, in den Gastwirtschaften mehr Hammelfleisch als bisher in den verschiedensten Zubereitungen anzubieten. Die Sache war vorher schon mit Ingenieur Jedwicki von der Landwirtschaftskammer und zwei Vertretern der Fleischzuchtungsdisziplin diskutiert worden.

v Nordprozeß. Das Thorner Appellationsgericht als Devisionsinstanz verhandelte gegen den Arbeiter Magimilian Szymko. Die Anklage lautet auf Mord. Die Vorgeschichte ist folgende: In Bajaczowo im Söbauer Kreise gerieten mehrere Teilnehmer eines im Februar d. J. stattgefundenen Vergnügens in Streit, der bald in eine Schlägerei ausartete. Hierbei verletzte Szymko seinem Gegner Franciszek Siemiatycki einen Messerstich in den Hals, ihm die Schlagader durchschneidend. An den Folgen dieser Verletzung starb S. kurze Zeit darauf. Wegen dieser Tat wurde Szymko von dem in Söbau tagenden Bezirksgericht zu vier Jahren Gefängnis verurteilt. — Infolge der von dem Angeklagten eingelegten Berufung wanderte die Sache vor das Appellationsgericht, welches das erstinstanzliche Urteil in vollem Umfange bestätigte.

v Banditen vor Gericht. In der Nacht zum 19. März d. J. brangen zwei Personen durch das Fenster in die Wohnung der Frau Emilia Badower in Made Gzyte im Kreise Culm und forderten mit vorgehaltenen Revolvern die Herausgabe des Bargeldes. Da die Überfallene erklärte, kein Geld im Hause zu haben, durchsuchten die Banditen die ganze Wohnung und raubten zwei Portemonnaies, eine goldene Damenuhr, ein goldenes Armband sowie einen goldenen Ring im Werte von ca. 60 Zloty. Die sofort eingeleitete Untersuchung führte zur Ermittlung und Verhaftung der Täter in den Personen: Władysław Bojar, ohne festen Wohnsitz, Jan Kowal, wohnhaft in Mamry, Kreis Culm, sowie Felix Wis, ohne ständigen Wohnsitz. Wegen dieses Raubüberfalls hatten sich die Genannten dieser Tage vor dem Bezirksgericht in Thorn zu verantworten. Nach durchgeführter Verhandlung erklärte das Gericht die Angeklagten für schuldig und verurteilte: Bojar zu 5 Jahren Gefängnis, Kowal zu 3 Jahren Gefängnis, Wis zu 1 Jahr Gefängnis.

⊕ Wegen Schwarzfahrt auf der Eisenbahn wurden am Mittwoch zwei Personen verhaftet und der Gerichtsbehörde zur Bestrafung übergeben. Eine Person wurde wegen Diebstahls in Polizeiarrest genommen, eine andere wegen sittenpolizeilichen Verstoßes der Burgstarosten zugeführt und ein Betrunkener zwecks Ausnüchterung zur Wache gebracht. — Zur Anzeige gelangten ein schnell aufgeklärter Kohlen-diebstahl und eine Unterschlagung, zur Protokollierung drei Übertretungen polizeilicher Verwaltungsvorschriften und eine unrechtmäßige Exmition.

v Diebstahlschronik. Aus der Wohnung von Anna Kamiscka, ul. Most Paulistki 4, entwendete ein Dieb einen Posten Weinwand im Werte von 16 Zloty sowie eine Damenbandtasche, enthaltend zwei Zloty. — Bronisława Wilamowska, Weinbergstraße (Winnica) 21, verschwand den 18. Tagentlicher, die sie auf dem Hofe zum Trocknen aufgehängt hatte.

Eine Nacht in Gdingen gestohlen.

Wie sich „Gypres Poranny“ aus Gdingen telegraphieren läßt, haben sich drei unbekannte Personen im Fischereifischen in Gdingen die Zweimasterjacht „Car men“ angeeignet und sind auf ihr davongesegelt. Bisher hat man weder von der Jacht noch von den Tätern eine Spur.

h. Gorzno (Gorzno), 20. September. Das hier tagende Bürgergericht verurteilte auf der gestrigen Sitzung den Arbeiter Paczkowski wegen Diebstahls von Brethern zu einem Jahr Gefängnis bei sofortigem Strafantritt, den Arbeiter Radomski wegen Diebstahls von Wagenfedern zu 9 Monaten Gefängnis, den Arbeiter Golebiowski wegen Diebstahls von Brethern zu zwei Monaten Gefängnis.

n. Gohlerhausen (Zablonowo), 21. September. Der letzte Vieh- und Pferdemarkt war infolge der Landbestellung schwach besucht und besetzt. Gute Milchkuhe wurden mit 250—350 Zloty gehandelt, ältere Kühe brachten 80—150 Zloty. Mastvieh brachte 25—35 Zloty pro Zentner, gering genährtes Mastvieh brachte 20—25 Zloty pro Zentner. Auf dem Pferdemarkt waren keine nennenswerten Umsätze zu verzeichnen. Jüngere Gebrauchspferde wurden mit 200—400 Zloty, ältere abgetriebene Alderperde wurden mit 80—150 Zloty gehandelt.

Der heutige Wochenmarkt zeigte mittleren Verkehr. Für Butter wurde 1,20—1,40 pro Pfund gezahlt, Eier brachten 1,20 Zloty pro Mandel, Kartoffel kosteten 1,50—2,00 Zloty der Zentner. Die Schweinepreise haben etwas nachgegeben. Fettschweine wurden mit 50—55 Zloty pro Zentner gehandelt, Baconschweine brachten 40—42 Zloty pro Zentner. Abnehmer brachten 20—32 Zloty das Paar.

Betr. des Brandschadens des Besitzers Hagenau-Bukowitz ist von der Kommission der Feuerversicherung festgestellt, daß das Feuer durch Funkenflug von der Lokomotive aus entstanden sein soll.

tz Roniz (Chojnice), 21. September. Großfeuer brach am Dienstag in Blemie bei Lag aus. Ein Getreidestaken geriet in Brand und der Wind trieb Flammen auf das Gebäude des Landwirts Jan Radaiewski. Der Besitzer kam erst nach Hause als das ganze Gehöft in hellen Flammen stand. Die Ställe, das Wohnhaus und die Scheune mit der ganzen Ernte und allen landwirtschaftlichen Maschinen brannten vollständig nieder. R. hatte in einem Jahr die Feuerversicherungspolice nicht bezahlt, so daß er großen Schaden erleidet.

Jan Waldoch aus Czarnich wurde ein Fahrrad im Werte von 130 Zloty vom Hofe gestohlen. — Dem Besitzer Reinhold Behrendt in Odrzy wurden Dienewagen im Werte von 160 Zloty gestohlen.

Aus Kongreßpolen und Galizien.

Lebendig im Backofen verbrannt.

Im Dorfe Miluciany, Gemeinde Oskow, in der Wilnauer Wojewodschaft, ereignete sich ein geradezu unglaublicher Vorfall. Das 14jährige Mädchen Władysława Rakozowa uel litt an einer Hautentzündung. Sie ging zu einer „Heilkünstlerin“ namens Szpak, die es öfters mit Birkenwasser einrieb und mit einer Flamme „behandelte“. Eines Tages steckte sie das Mädchen in einen Backofen, wo es unter furchtbaren Qualen umkam, da die Kurpfuschlerin behauptete, die Kranke müsse so lange im Ofen bleiben, bis die Geschwüre „angesengt“ seien. Die Mutter des Mädchens und die Kurpfuschlerin wurden verhaftet.

Politischer Beleidigungs-Prozeß gegen die „Polonia“.

Vor dem Warschauer Bezirksgericht fand gestern ein politischer Beleidigungsprozeß statt, den der Senator Sobolewski, Mitglied des Regierungsklubs, gegen den verantwortlichen Redakteur der Katowitzer „Polonia“ Pułelnik angestrengt hatte. Die „Polonia“ hatte in verschiedenen Artikeln dem Senator der Regierungspartei den Vorwurf gemacht, daß er sich der Rolle eines Beraters und Vermittlers des Fürsten von Pleß in dessen Konflikt mit dem Staatsrat wegen der Steuereinkünfte unterzogen habe. Im besonderen wurde Sobolewski vorgeworfen, daß er sich seine Beziehungen und politischen Einflüsse zum Zweck gemacht und einen Sanierungsplan für die Interessen des Fürsten von Pleß ausgearbeitet habe.

Er habe durch Vermittlung der Französischen Regierung einen Druck auf die Polnische Regierung ausgeübt, dem Bevollmächtigten des Fürsten von Pleß den Rat erteilt, Beziehungen mit politischen Führern und Staatswürdenträgern zu unterhalten und auszunutzen, ferner Memorale über die Verhältnisse in der Wojewodschaft Schlesien zur Information des Fürsten Radziwili zu schreiben, damit dieser mit Erfolg intervenieren könnte usw. Aus den Artikeln ging hervor, daß Senator Sobolewski bei seiner Tätigkeit zur Verteidigung der Interessen des Fürsten von Pleß mit einer materiellen Entschädigung gerechnet, überhaupt als Vermittler des Fürsten bei den Finanzbehörden aufgetreten sei und zwar zum Schaden des Polnischen Staates.

Senator Sobolewski hatte diese Vorwürfe sofort ganz entschieden bestritten und gegen den verantwortlichen Redakteur der „Polonia“ Strafantrag gestellt. Es wurde eine ganze Reihe von Zeugen vernommen, doch gelang es dem Angeklagten nicht, den Wahrheitsbeweis für die in den Artikeln aufgestellten Behauptungen durchzuführen.

Das Urteil lautete auf ein Jahr Haft und 2000 Zloty Geldstrafe.

Ausstellung Thorner Altertümer.

Das Thorner Buch.

I.

Zu den vielen Veranstaltungen, die im Zusammenhang stehen mit der 700-Jahrfeier der Stadt Thorn, gehört auch eine von der städtischen Museumsverwaltung im Museum (Rathaus) selbst eingerichtete Ausstellung Thorner Altertümer. In 4 Abteilungen: Thorner Buch, Thorner Kirchenkunst, Thorner Handwerk und Thorner Handel nebst Geschichte (im engeren Sinne) wird eine reiche Auswahl sehenswerter Stücke geboten, die ein klares Bild geben von der einstigen Stellung, Bedeutung und Machtstellung der alten Hanse-Stadt Thorn, der königlichen Stadt Thorn und Hauptstadt in Preußen, wie sie sich von 1466—1793 nannte. Eine Ausstellung in dieser Zusammenfassung gab es in Thorn bisher noch nicht zu sehen. Alles ist wert nicht nur gesehen, sondern auch gesehen zu werden, selbst wenn man auch nicht die Absicht haben sollte, besondere Studien zu treiben, wozu hier reiche Gelegenheit geboten wird.

Das Thorner Buch bildet die erste Abteilung der Museumsausstellung. An ihr wird leider vielfach flüchtig vorüber gegangen. In verschiedenen Schattischen und zweckentsprechenden Glaschränken liegen wertvolle Handschriften aus, ferner seltene Pergamente, Incunabeln (so heißen die alten Erfindungsdrucke, sonst auch Wiegens- oder Windelbrücke genannt) und verschiedene bedeutsame Bücher nicht nur aus den Anfängen der Thorner Buchdruckerkunst — sie ist etwa in das Jahr 1569 zu setzen — sondern fortlaufend weiter bis in die Gegenwart. Im Jahre vorher, also 1568, hatte Bürgermeister Johann Heinrich Stroband, der Ältere, der nicht nur mit Recht verdient, nach der Sitte jener Zeit ein Wohlbederter und Weiser, sondern auch der in Tübingen Gebildete und Hochgelehrte genannt zu werden, in den von den Franziskaner-Mönchen verlassenen Kloster-räumen bei der Kirche St. Marien hier selbst eine städtische Lateinschule gegründet, unser Thorner Akademisches Gymnasium, das bis heute noch in gerader Linie als Polnisches Staatsgymnasium mit deutscher Unterrichtssprache fortgeführt wird. Es wurde die Anstalt Akademisches Gymnasium darum genannt, weil es in seinen oberen Klassen

hinsichtlich des Lehrstoffes den unteren Stufen einer Universität angeglichen war.

Für den nun neu und mit Hochdruck aufgenommenen Schulbetrieb wurden natürlich Bücher benötigt, und weil deren Beschaffung aus dem Innern des Reiches für die Dauer zu umständlich war, so war die halbige Niederlassung eines Druckers hier am Orte ein Gebot der Stunde.

Aber auch die vergilbten Pergamente der alten Handschriften sind ungemein fesselnd. So gibt eine derselben als Ort und Jahr der Vollendung Pavia 1460 zu erkennen. Einige solcher Handschriften entstammen dem hier eingegangenen Franziskanerkloster.

Was für eine große, äußerst mühselige Arbeit ist doch die Fertigstellung eines handgeschriebenen Buches gewesen, wo Buchstabe um Buchstabe so peinlich sauber geschrieben ist, als wäre er wie gemalt, nein, wie gestochen! Als das Eßlichste, was in dieser Hinsicht hier ausgestellt ist, sind die Handschriften anzusehen, die der Bücherei des Ungarinkönigs Corvin entstammen, im Werte vielleicht unbezahlbar an sich schon, vor allem aber auch wegen ihrer prachtvollen Ausschmückung und Verzierung durch wertvolle Handmalerei. Wie beschaffen erscheint doch das neben dieser kostbaren, so schön geschriebenen und mit ganz wunderbarer Handmalerei gezeichneten Handschrift liegende gedruckte Buch in I. und II. Ausgabe, das denselben Text enthält! Wer hier die Wahl zwischen dem gedruckten Buche und der Handschrift haben sollte, würde unzweifelhaft nach der letzteren greifen!

Als ersten Drucker in Thorn lernen wir Stenczel (in der Museumsaufschrift heißt er Stanislaus!) Vorführschaffel kennen. Schon 1569 druckt er hier den ersten Katechismus nach D. Martin Luthers, herausgegeben von Musäus. Aufgeschlagen liegen das 9. und 10. Gebot, illustriert. Es steht dort zu lesen so: Wie ist das Neunde Gebot zu verstehen / Du soll nicht begeren deines Nächsten Haus? Daneben steht ein entsprechender kleiner Schnitt, und danach folgt Luthers Erklärung. Beim 10. Gebot ist als Illustration ein Bild gewählt mit der Darstellung, wie Poliphars Weib dem Joseph den Mantel zurückgibt. Von demselben Verfasser stammt weiter ein gedruckter Bericht wider den melancholischen Teufel.

Musäus, Simon, der eigentlich Meusel hieß, hat hier nur 2 Jahre, von 1568 bis 1570 gewirkt. In einem Lexikon

wird er ein zelotisch-lutherischer Theolog genannt, der ein rechtes Wanderleben geführt hat. Geboren 1529 bei Cottbus, hat er in Frankfurt a. O. und in Wittenberg Theologie studiert; danach hat er an nicht weniger als 12 Orten gewirkt. Schon 1580 starb er zu Mansfeld.

Noch eine andere Katechismusgeschichte, die nach Thorn herüber spielt, sei bei dieser Gelegenheit mitgeteilt, um sie so der Vergessenheit nicht anheimfallen zu lassen. Der Kleine Katechismus, der 1529 zum ersten Male erschien, ist in den ersten Ausgaben anscheinend in Plakat- bezw. Tafelform gedruckt worden. Von diesen Stücken der ersten Ausgaben ist vollständig keins bis heute erhalten geblieben. Erst in der im Jahre 1536 von Nik. Schr. (Nikolaus Schirnh) einem privilegierten Lutherdruker in Wittenberg, bewirkten Ausgabe haben sich bis jetzt 2 Stücke vorgefunden, wovon das allein vollständige sich hier in Thorn befindet. Es gehörte zu den Hauptverfälschungen der Thorner Gymnasialbücherei, wo es wie ein wertvolles Kleinod geschützt wurde. Jetzt ist es nach Schaffung der zentralen Stadtbücherei, genannt Kopernikusbücherei, dieser übergeben worden und kann dortselbst jederzeit eingesehen werden. Von diesem Thorner Stück — auf welchem Wege es hierher gekommen, und wer seine ersten Eigentümer gewesen, steht noch nicht fest — ist noch vor dem Kriege in Faksimile-Neudruck in getreuer Nachbildung hergestellt worden, der aus dem Verlag der Buchhandlung des Waisenhauses Halle an der Saale zu einem wohlfeilen Preise bezogen werden kann.

Daselbe Jahr 1569 bringt auch eine Schrift des Erasmus Glikner: Erasmi Glicznier chrusti Jesu Servii et Ecclesiarum in Polonia confessionis Augustanae Seniora Toroniae MDLXIX. Dieses Buch ist zusammengebunden mit folgendem Werk: DAVIDIS Chytrici Responsio usw. Witeberg a. E. MDLXXXIII. Ein Buch aus dem Jahre 1573 besagt als Drucker den Johann (Jana) Glikner in Gredziffu (Grätz bei Posen). Einen anderen Thorner Drucker lernen wir in Nering — es kommen auch die Formen Nering und Neringt vor — kennen. Er druckt deutsch, polnisch und lateinisch von 1579—87 und ist dann auch nach Gredziff verzogen.

Danzigs wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Polen

(Von unserem Danziger Mitarbeiter.)

Danzig, 21. September.

Im Oktober des Jahres 1920 tauchte während der Pariser Verhandlungen über den sogenannten Pariser Vertrag eine Meldung der Polnischen Telegraphen-Agentur auf, die über eine Prüfung der Eignung Gdingens zum Handels-, Fischerei- und Kriegshafen berichtete. Es war in der Meldung ausgeführt, Polen müsse sich nach einem anderen Zugang zum Meere umsehen, wenn es seine Forderungen bezüglich Danzigs nicht durchsetzen vermöge. Und diese Forderungen bezogen sich auf die militärische, maritime Oberhoheit über Danzig, Polizeirechte, eine polnische Zollverwaltung, Übernahme der gesamten Hafenverwaltung, Unterstellung der Danziger Handelsflotte unter die polnische Flagge, Einführung der polnischen Währung usw. Die Völkervertragskonferenz lehnte diese Forderungen ab, weil sie ihr nicht vereinbar schienen mit den Bestimmungen des Versailler Vertrages, und nur nach langem Widerstreben unterzeichnete Polen den Pariser Vertrag, der seine Wünsche in bezug auf Danzig zu einem Teil anerkannte. Der Plan des Baues eines eigenen Hafens wurde weiter verfolgt.

Das war die Lage, die den Hohen Kommissar des Völkerbundes Haking veranlaßte, vorausschauend in einer Entscheidung vom 15. August 1921, die Rechtskraft erlangte, die Polnische Regierung zu verpflichten,

„den Danziger Hafen voll auszunutzen, welche anderen Häfen sie auch in Zukunft an der Offiziellste eröffnen mag“,

wogegen er Danzig zur Pflicht macht,

„die Interessen Polens bezüglich des freien Zugangs zum Meere zu allen Zeiten zu wahren“.

Diese Entscheidung hinderte in keiner Weise den Ausbau von Gdingen und, sobald der Gdinger Hafen zu einer gewissen Leistungsfähigkeit gelangt war, zur Ablenkung des Verkehrs vom Danziger Hafen. Je mehr die Umschlagkurve in Danzig abwärts ging, um so mehr schenkte sie in Gdingen auf und als sich die Wirtschaftskrise im seewärtigen Verkehr Polens bemerkbar machte, trug Danzig fast allein den Rückgang. Von einer vollen Ausnutzung des Danziger Hafens war schon lange keine Rede mehr, als Danzig im Jahre 1930 noch unter der Regierung Salmis nach ergebnislosen Versuchen, zu einer friedlichen Verständigung zu kommen, den Klageweg vor den Völkerbundinstanzen beschritt.

In der polnischen Publizistik wurde der polnische Nationalhafen „das Schwert Gdingen“ genannt, und sein Bau wurde als ein diplomatischer „coup de maître“ gerühmt, der ein „fait accompli“ hingestellt habe. Nicht immer fand diese Argumentation den Beifall des Auslandes. So sagte z. B. im Jahre 1930 der englische Oberst Malone nach einem Besuch Polens zu englischen Pressevertretern, „der große Ausbau Gdingens ist eine schwere Last für den jungen Freistaat und es widerspricht der wirtschaftlichen Logik, daß ein kolossaler Hafen gebaut wird, wo Danzig vollkommen genügt hätte“.

Als aber Danzig seine Klage erhob, sagte Polen, Danzig sei „politisch verblendet“ und würde zweckmäßigerweise „den Weg des wirtschaftlichen Denkens beschreiten“.

Was verlangte Danzig vom Völkerbund? Eine Entscheidung, die Polen verpflichtete, alle Maßnahmen zu treffen, daß der nicht über die Landgrenze laufende Teil des Waren- und Personenverkehrs von und nach Polen, sowie des Transitverkehrs durch Polen im Danziger Hafen umgeschlagen wird und alles zu tun, um den Hafen von Danzig und seine Zufahrtswege so zu entwickeln und zu verbessern, daß sie allen Bedürfnissen des Verkehrs Genüge leisten können, schließlich alle Maßnahmen in bezug auf andere Häfen zu unterlassen, durch welche der Waren- und Personenverkehr von Danzig abgelenkt werde.

Bald nach der Einreichung der Klage Danzigs weilte ein italienischer Journalist in Danzig, der im Hause des Hohen Kommissars, des Grafen Gravina wohnte und regen Umgang mit polnischen Kreisen hatte. Der überausste nach seiner Heimkehr unter dem Namen Panfilio im „Corriere della Sera“ mit folgenden für die damalige Zeit sehr auffälligen Gedankenängsten:

„Wenn einmal Gdingen so entwickelt sein wird, daß es dem Bedarf der Polen vollständig genügen wird, dann können diese vielleicht Danzig sagen: Da Euch das Zusammenarbeiten mit uns so viele Seufzer gekostet hat, können wir uns jetzt, da wir unseren eigenen Hafen haben, als Freunde trennen. Eine Volksabstimmung und jeder kann dorthingehen, wo es ihm gefällt.“

Das war nicht ein x-beliebiger Journalist aus dem Weltenbummel, sondern ein Freund des Hohen Kommissars, dem es ermöglicht wurde, mit allen den Persönlichkeiten zusammenzukommen, die er sprechen wollte. Seine Äußerung war ein gewünschter Alarmruf.

Über drei Jahre lief der Rechtsstreit Danzig-Gdingen bereits, als die Regierung Rauschnig aus Anderkam.

Was war aus diesem Rechtsstreit hervorgegangen?

Graf Gravina entschied am 26. 10. 31. daß die Entscheidung Haking's verpflichtenden Charakter für Polen habe, daß Polen also verpflichtet sei, den Danziger Hafen voll auszunutzen. Der Hohen Kommissar hatte sich bei seiner Entscheidung gestützt auf ein einstimmiges Urteil eines Sachverständigen-Ausschusses des Völkerbundes. Wohl war Polen durch die Entscheidung des Hohen Kommissars unterlagert worden, andern Häfen Begünstigungen zuteil werden zu lassen, die sich zu Ungunsten des Danziger Hafens auswirken könnten, aber es war Danzig auch nicht die von ihm beanspruchte Vorzugsstellung im polnischen Seehandel angebilligt worden. Weber Polen noch Danzig erklärten sich mit dieser Entscheidung einverstanden, sie legten Berufung ein, und das Verfahren ging weiter. Alle Instanzen des Völkerbundes wurden mit dem Danzig-Gdingen-Streit befaßt, ohne daß ihm durch eine klare Entscheidung ein Ende bereitet worden wäre. Der Völkerbund half sich über die politischen Verlegenheiten einer schnellen Entscheidung dadurch hinweg, daß er wieder einen Sachverständigen-Ausschuß einsetzte, der praktische Vorschläge machen sollte, wie denn nun eigentlich die volle Ausnutzung des

Danziger Hafens in Wirklichkeit aussehen müsse. Die Empfehlungen der Sachverständigen blieben wiederum Stückwerk. Sie sollten die Grundlage für die Entscheidung des Hohen Kommissars bilden. Graf Gravina hatte schon einen Zeitpunkt angegeben, bis zu welchem er seine endgültige Entscheidung fällen wollte, als der Tod ihn überraschend abberief.

Seitdem ist das Verfahren nicht weitergekommen. Die neue Regierung, als sie an die Behandlung der Frage ging, stellte fest, daß zwar der Rechtsstandpunkt Danzigs, daß Polen den Danziger Hafen voll auszunutzen habe, anerkannt war, daß aber der praktischen Anwendung Schwierigkeiten über Schwierigkeiten bereit wurden und daß Graf Gravina die von Danzig beanspruchte Vorzugsstellung im polnischen Seehandel verneint hatte. Und was hatten die Sachverständigen gesagt, deren Empfehlungen, wenn das Verfahren weitergetrieben wurde, sicherlich einer Entscheidung zu Grunde gelegt wurde?

Sie hatten zunächst festgestellt, daß der Danziger Hafen groß genug sei, um die Frage seiner vollen Ausnutzung auf den gesamten über die Häfen Danzig und Gdingen gegangenen Verkehr auszuweiten. Ein Unterschied in der Zollbehandlung zugunsten Danzigs, erklärten sie, dürfe nicht gemacht werden. Auf die Importeure dürfe Polen keinen Zwang ausüben, nur über Gdingen ihre Ware einzuführen. Von Polen kontrollierte Schiffsahrtlinien sollten ihren Dienst in gleicher Weise wie auf Gdingen auch auf Danzig ausdehnen. Der Ausschuß forderte dann, daß die Hafengebühren in beiden Häfen die gleichen sein müßten. Der Ausschuß hielt es sodann für gewiß, daß bestimmte Warenkategorien, die der polnische Staat kontrolliert, über Danzig umgeschlagen würden. Mit ernsten Worten aber brachte der Ausschuß dann schließlich zum Ausdruck, daß ein schrankenloser Wettbewerb zwischen den beiden Häfen vernünftig sei. Es müßten Auswege zu einer Zusammenarbeit gesucht und gefunden werden. Durch Verhandlungen müsse ein Einvernehmen erzielt und eine Zusammenarbeit der beiden Häfen allmählich aufgebaut werden.

Diese Lage fand der neue Senat vor und er entschloß sich, den letzten Empfehlungen der Sachverständigen zu folgen, denn das strikte Beharren auf dem Rechtsstandpunkt führte nicht weiter, auch die Sachverständigen waren wieder ausgewichen. Es galt, wie Präsident Dr. Rauschnig sagte, „aus der Atmosphäre der Wahrung von Rechtsstandpunkten und der juristischen Gutachten herauszukommen in den praktischen Alltag der wirtschaftlichen und politischen Notwendigkeiten“.

Der Rechtsstandpunkt wurde dadurch ja nicht aufgegeben, sondern nur einmal bei den Verhandlungen außer Acht gelassen. In dem Übereinkommen, das am 5. August d. J. parafiert wurde, behalten sich beide Staaten ausdrücklich das Recht vor, mit dreimonatiger Frist den Hohen Kommissar zu bitten, das vor ihm schwebende Verfahren wieder aufzunehmen. Die Polnische Regierung verpflichtete sich aber in dem Übereinkommen, einen weiteren Rückgang des Verkehrs über Danzig zu verhindern und dem Danziger Hafen eine gleiche Beteiligung am seewärtigen Verkehr zu sichern.

Die Warschauer Verhandlungen haben nun diese Rahmenvereinbarung mit positiven Zahlenangaben ausgefüllt.

Dreierlei wurde dabei für Danzig erreicht: 1. die Festlegung einer Mindestmenge, die über den Danziger Hafen umgeschlagen werden muß. 2. die gleiche zollmäßige Behandlung der beiden Häfen und 3. die Gebührensenkung im Danziger Hafen auf die gleiche Stufe wie in Gdingen. Alle drei Punkte sind von grundlegender Bedeutung.

Zum Schluß noch ein paar Zahlen über die praktische Auswirkung der Warschauer Vereinbarung für den Danziger Hafen. Es wurde diesem von der Polnischen Regierung ein Umschlag für die Zeit vom 1. 10. 33 — 30. 9. 34 zugesichert von insgesamt mindestens 4, 4 Millionen Tonnen. In der Zeit vom 1. Juli 1932 — 30. Juni 1933 wurden insgesamt über den Danziger Hafen 5,2 Millionen

Wie kann man sich die langen Abende angenehm verkürzen?

Am besten durch eine gute Zeitungs-Bekürze. Solche bietet Ihnen die „Deutsche Rundschau“. Das Blatt berichtet schnell und zuverlässig über alle interessanten und wichtigsten Geschehnisse. Besonders reichhaltig ist auch der Unterhaltungsteil ausgestaltet durch die

Romanbeilage „Der Hausfreund“

Bilderbeilage „Illustrierte Welt“

Landwirtschaftliche Beilage „Die Scholle“

Alle Postagenturen und Postämter in Polen, unsere Filialen und die Geschäftsstellen nehmen Abonnements für den Monat Oktober resp. für das 4. Quartal entgegen.

Bezugspreise am Kopfe der Zeitung vermerkt.

Tonnen umgeschlagen. Untersucht man diesen Unterschied, so entdeckt man, daß während im Vergleichsjahr 4,8 Millionen Tonnen auf die Ausfuhr kommen, für das Garantiejahr nur 4,15 Millionen Tonnen vorgeesehen sind. Der Rückgang ist auf den verminderten Kohlenexport zurückzuführen. Im ganzen aber schließt sich die garantierte Warenmenge — Ausnahmen bestätigen die Regel — dem Vergleichsjahr an. 4,4 Millionen sind wenig für einen Hafen, der leicht schon über 8 Millionen Tonnen umgeschlagen hat und dessen Umschlagfähigkeit sogar auf 14—15 Millionen Tonnen geschätzt wird. Aber seit der Höchstumschlagstiffer ist der weltwirtschaftliche Kulturrückgang auch hier in die Erscheinung getreten.

Die von Polen dem Danziger Hafen garantierte Umschlagsmenge gibt keinen Anlaß zu irgendwelchem Jubel. Das Entscheidende ist aber auch, daß dem Abgleiten des Verkehrs in Danzig ein Halt geboten ist, daß endlich die Zusammenarbeit der beiden Häfen angebahnt ist, wie die Sachverständigen es vorschlugen und von der gehofft werden muß, daß sie für beide Staaten gute Früchte tragen wird.

Die Danziger Rechtsanwaltsordnung wird geändert.

Danzig, 17. September 1933.

Der Senat hat die Danziger Rechtsanwaltsordnung abgeändert und bei der Überprüfung die gesamte bisherige deutsche Rechtsentwicklung geprüft und die Rechtsüber-einstimmung, die die Kulturverbundenheit Danzigs mit dem Mutterlande verlangt, auch auf diesem wichtigen Gebiete hergestellt.

Aus den neuen Bestimmungen der Danziger Rechtsanwaltsordnung seien einige, die für die Allgemeinheit von Interesse sind, hervorgehoben.

Das berufliche Ehrengericht kann über einen Rechtsanwalt ein Vertretungsverbot verhängen, gegen den im Ehrengerichtlichen Verfahren die öffentliche Klage erhoben ist. In diesem Fall darf dieser Rechtsanwalt weder vor Gericht noch einer sonstigen Behörde auftreten noch mit diesen und anderen Rechtsanwälten schriftlichen Verkehr pflegen. Diese Bestimmung soll dadurch gerechtfertigt, daß ein Rechtsanwalt, der im begründeten Verdacht steht, seiner Tätigkeit für unwürdig erklärt zu werden, auch das Vertrauen seiner Auftraggeber nicht mehr haben kann.

Beamte, die infolge Erreichung der gesetzlichen Altersgrenze aus ihrem Amte scheiden, dürfen nicht mehr Rechtsanwalt werden und solche, die vorzeitig wegen mangelnder Dienstfähigkeit in den Ruhestand versetzt werden, sollen nicht mehr Rechtsanwälte werden.

Bewerber um die Rechtsanwaltschaft können von der Zulassung ausgeschlossen werden, wenn diese nach dem Gutachten der Anwaltskammer Bedenken unterliegt. Diese Bestimmung soll dazu dienen, den Stand der Rechtsanwälte unantastbar zu halten, denn dieser hat die hohe Aufgabe, dem rechtsuchenden Volk zu seinem Recht zu verhelfen und den Richter bei seinem schweren Amt, das Recht zu finden, zu unterstützen.

Rundfunk-Programm.

Sonntag, den 24. September.

Deutschlandsender.

06.15: 1. Wiederholung der wichtigsten Abendnachrichten. 2. Tages-spruch. 3. Morgengruß. Aufschl.: Von Hamburg: Hafenkonzert. 08.00: Stunde der Scholle. 08.55: Aus der Havel-Wochenendkirche auf Nikolsdorfer Morgenfeier der Potsdamer Jugend. 10.05: Wettervorhersage. 11.00: Paul Ernst: „Weten und Arbeiten“. 11.15: Seewetterbericht. 11.30: Von Leipzig: Nach-Kantate. 12.00: Von Wladimir: Konzert. 13.00: Von Hamburg: Konzert. 14.00: Deutsche Ernte. 15.30: Übermüdete Mädel singen lustige Lieder. 16.00: Philosophie der Liebe. 16.30: Unterhaltungs-konzert. 17.30: Philosophie eines Fiegels von Jo. Hanns Köster. 17.50: Unterhaltungskonzert. 19.00: Große Schauspieler — Große Hörspiele. 20.00: Volkstanzkonzert des Deutschlandsenders. 22.00: Wetter, Nachrichten, Sport. 22.45: Seewetterbericht. 23.00—24.00: Von Langenberg: Nachtmusik und Tanz.

Breslau-Gleitwisch.

06.15: Hafenkonzert. 08.25: Schallplatten. 10.00: Kath. Morgen-feier. 11.00: Die Geschichte vom Dreiforgelmann, von Manfred Hausmann. 11.30: Von Leipzig: Nach-Kantate. 12.00: Konzert. 14.00: Das ABC der Amateurfilmerei. 14.20: Briefmarken-sammler und Philatelisten. 14.40: Brautentwurf in der germani-schen Frühzeit. 15.00: Kinderfunk. 15.30: Unterhaltungskonzert. 18.45: Streichquartett. 19.30: Wetter. 20.00: Lachende Erben eines frohsinnigen Vermächtnisses deutscher Dichter. 22.30—24.00: Von Berlin: Tanzmusik.

Königsberg-Danzig.

06.20: Konzert. 09.00: Ev. Morgenandacht. 11.30: Nach-Kantate. 12.00 und 15.40: Konzert. 18.00: Bandolion-Konzert. 19.15: Wätersche Gefänge. 20.00: Orchesterkonzert.

Leipzig.

06.20: Hafenkonzert. 07.50: Landwirtschaftsfunk. 08.20—09.00: Evangelische Morgenandacht. 11.30: „Was Gott tut, das ist wohlgefallen“, Kantate von Joh. Sebastian Bach. 12.00: Konzert. 15.00: Schallplatten. 15.40: Eine weitere Stunde für die Jugend. 16.30: Von Wladimir: Konzert. 19.05: Zwei Musikpiel-Sinfater. 20.00: Konzert. 22.05: Nachrichten. Aufschl. bis 24.00: Von Berlin: Tanzmusik.

Warschau.

12.55: Konzert. 14.15: Wetter. 14.20: Chorfonzert. 16.30: Schallplatten. 17.15: Orchesterkonzert. Polnische populäre Musik. 18.00: Riederstunde. 20.00: Konzert. Den Werken von Sym-phonie gewidmet. 22.20: Von Lemberg: Pelterer Abend.

Briefkasten der Redaktion.

Konig 100. Selbst wenn das Pferd zurzeit des Vorfalles unter Ihrer Aufsicht gestanden hätte, wären Sie gemäß § 833 Satz 2 B.G.B. zum Schadenersatz nicht verpflichtet. Aber wir sind vollständig über Ihre Auffassung, daß das Pferd zurzeit des Vorfalles nicht unter Ihrer Aufsicht stand, und daß Sie deshalb unter keinen Umständen für den durch das Pferd verursachten Schaden aufzukommen haben. Sie haben auf Anordnung der Behörde das Pferd für die fragliche Probezeit der Kommission vorgeführt oder vorführen lassen; was dann weiter geschah, dafür hat die Kommission resp. den Gemeinde-vorsteher, der den Arbeiter zum Halten des Pferdes bestellt hat, die Verantwortung. Wenn jemand schadenersatzpflichtig ist, so könnte es nur die Kommission oder der Gemeindevorsteher sein, keinesfalls aber Sie. Wenn der geschädigte Arbeiter Sie verklagt, so hat er sich an die falsche Adresse gewandt, und Sie können ohne weiteres die Abweisung der Klage beantragen.

Ar. 200. A. M. 1. Die Entscheidung richtet sich nach der Höhe des Schadens, der Ihnen aus der Lagerung des beschlagnahmten Gutes erwachsen ist. Das können wir aus der Ferne nicht beurteilen, das müssen Sie selbst berechnen. 2. Das Mädchen muß Invalidenmarken kleben, resp. Sie müssen das tun. Eventuell muß aus diese Beträge das Geld für den Unterhalt des Kindes gefürzt werden. Abgesehen muß doch dem Mädchen von dem Lohn noch etwas übrig bleiben, denn sie muß sich doch Kleidung und Schulzeug schaffen. 3. Keine der Nummern ist bei der letzten Ziehung der Anteilhabungsfähigkeit gezogen worden.

A. M. Wenden Sie sich mit einem entsprechenden Antrag an das Viehge, „Starostwo powiatowe, referat inwalidzki“ unter Beifügung der von Ihnen erwähnten Akte.

A. B. C. Nr. 100. Die Hypothek von 8000 Mark vom August 1919 wird, wenn es sich, wie wir annehmen, um eine Darlehenshypothek handelt, mit 15 Prozent = 940,14 Mark aufgewertet. Wenn der Zinsfuß 5 Prozent beträgt, so haben Sie vom 1. August 1929 bis Ende dieses Jahres an Zinsen noch zu zahlen 85,06 Mark. Der ganze Schuldbetrag einschließlich der Zinsen wird also mit 491,20 Mark beglichen. Wenn die zweite Hypothek (8000 Mark) aus dem Jahre 1901 gleichfalls eine Darlehenshypothek ist, so beträgt die Aufwertung ebenfalls 15 Prozent = 611,10 Mark. Dazu kommen die Zinsen vom 1. Januar 1929 zu 5 Prozent = 152,75 Mark, so daß im Ganzen 763,85 Mark zu zahlen sind. Die früheren Zinsen sind nach einer grundsätzlichen Entscheidung des Obersten Gerichts ver-jährt, da sie nicht gerichtlich festgesetzt worden sind.

E. P. 1001. Die Aufwertung der genossenschaftlichen Kasse erfolgt nicht einheitlich; ist das eigene Kapital der Kasse nicht gleich der Hälfte der Kapitalien an Reserve usw., so findet die Aufwertung nur nach dem Kurse von 1 Mark = 1800 000 Mark statt; was jowiel bedeutet, daß überhaupt nicht aufgewertet wird. Wie die Verhältnisse bei der betreffenden Kasse sind, wissen wir nicht, können Ihnen also auch nicht sagen, ob die Kasse zur Aufwertung verpflichtet ist oder nicht.

Wirtschaftliche Rundschau.

Neuordnung der freien Marktwirtschaft in Deutschland.

Durch feste Preise gesicherte Ernährungswirtschaft.

Aus Berlin wird uns geschrieben:
Der Preis, der in der freien Wirtschaft Nachfrage und Angebot und damit den Markt reguliert, hat für das Gebiet der landwirtschaftlichen Erzeugung diese Funktion seit geraumer Zeit nicht mehr zu erfüllen vermocht. Gegen alle Regeln der liberalistischen Wirtschaftstheorie stieg die Produktion, während Nachfrage und Preise sanken.

Das Reichsernährungsministerium, dem die Verantwortung für das Geschick der deutschen Landwirtschaft übertragen ist, erwartete nicht, daß der alte Marktmechanismus wieder in Gang gesetzt werden könnte. Die vergeblichen Versuche früherer Regierungen, ihn einseitig durch künstliche Beeinflussung der Preise, aber unter Aufrechterhaltung der sonstigen Bedingungen der freien Marktes wieder in Bewegung zu setzen, geben dieser Skepsis Recht. Mit dem vor einigen Tagen verkündeten „Gesetz über den vorläufigen Aufbau des Reichsernährungsministeriums und über Maßnahmen zur Markt- und Preisregulierung für landwirtschaftliche Erzeugnisse“, das nur das erste einer Reihe von noch zu erlassenden Gesetzen sein soll, hat das Reichsernährungsministerium jetzt gänzlich neue Wege beschritten, die über die Grenzen Deutschlands hinaus Beachtung finden werden; denn das Problem, das sie angeht, ist ja keineswegs auf Deutschland beschränkt.

Durch diese Gesetze wird die Landwirtschaft von der freien Marktwirtschaft vollkommen abgehängt. Praktisch wird das nach einer Ankündigung, die Reichsernährungsminister Darré machte, zunächst für Roggen und Weizen, für die eine Änderung des bisherigen unbefriedigenden Zustandes am dringendsten ist. Die Preisbildung für diese beiden Getreidearten erfolgt nicht mehr im Börsenhandel oder im freien Paktieren zwischen Verkäufer und Käufer, sondern die Regierung hat für das laufende Erntejahr Preise, die von Monat zu Monat gestaffelt sind, mit verbindlicher Wirkung festgesetzt. Sie lauten ab märzlicher Station:

	Roggen	Weizen
Oktober 1933	Mk. 147.—	Mk. 182.—
November 1933	„ 148.—	„ 183.—
Dezember 1933	„ 150.—	„ 184.—
Januar 1934	„ 153.—	„ 186.—
Februar 1934	„ 155.—	„ 187,50
März 1934	„ 157.—	„ 189.—
April 1934	„ 159.—	„ 191.—
Mai 1934	„ 162.—	„ 193.—
Juni 1934	„ 165.—	„ 195.—

Die Preise im Osten, Westen und Süden des Reiches ergeben sich nach dieser Tabelle unter Berücksichtigung des Gefälleprinzips. Die Preise gelten für durchschnittliche Ware. Qualitätsroggen und -weizen ist entsprechend höher zu bewerten. Angesichts der vorgezeichneten Staffeln für die späteren Verkaufstermine ist nach diesem Schema der festen Preise in Zukunft auch für einen Terminhandel kein Raum mehr.

Mit der Preisfestsetzung allein wäre das Problem der Marktregulierung, das in Frage steht, nicht zu lösen. Auskömmliche und gerechte Preise, wie sie die vom Reichsernährungsministerium bestimmten darstellen, würden zunächst einmal einen starken Anreiz zur Ausdehnung der Produktion bieten, und da sie sich vorläufig nur auf die beiden Hauptgetreidearten erstrecken, bestünde die Gefahr, daß zu ihren Gunsten andere landwirtschaftliche Betriebszweige, also beispielsweise der Anbau von Futtergetreide, von Ölsämereien usw. zurückgedrängt wird. Die Absicht des Reichsernährungsministers ist aber gerade die entgegengesetzte, denn unter Bedarf an Brotgetreide ist völlig und in guten Erntejahren, wie dem derzeitigen, reichlich gedeckt, während für Futtergetreide, Ölsämereien, Faserpflanzen ein Zuschußbedarf besteht, der vom Ausland gedeckt werden muß. Wenn das System der festen Preise als Marktregulator funktionieren soll, muß es also so eingerichtet sein, daß es die Produktion automatisch der Bedarfslage anpaßt. Das geschieht dadurch, daß die regierungsseitig verordneten festen Preise nur für diejenigen Mengen garantiert werden, die innerhalb des Rahmens des heimischen volkswirtschaftlichen Bedarfs liegen. Sollte die Landwirtschaft sich bewegen fühlen, beispielsweise jetzt den Roggen- und Weizenanbau auszuweiten, so würde sie Gefahr laufen, für die den Bedarf überschreitenden Erntemengen dann umso schlechtere Preise zu bekommen.

Diese Gefahr ist aber kaum gegeben; denn die durch das Gesetz geschaffene ständige Organisation der Landwirtschaft, deren Gliederung inzwischen durch eine Verordnung des Reichsernährungsministers festgelegt ist, hat die Aufgabe, darüber zu wachen, daß die Produktion sich in den Grenzen des Bedarfs und in der wirtschaftlich erwünschten Richtung hält. Außerdem wird eben die Beschränkung der Preisgarantien auf die für die Versorgung nötige Menge zu den notwendigen betriebswirtschaftlichen Erwägungen von selber führen.

Soweit die verordneten festen Preise Geltung haben, wird ihre Anerkennung mit allen Mitteln des Staates erzwungen werden. Kaufverträge, die zu niedrigeren Preisen abgeschlossen werden, verpflichten die Beteiligten zwar zur Leistung, geben dem Verkäufer aber ohne weiteres den Rechtsanspruch auf den vollen Preis. Im übrigen sind für Verstöße gegen die Festpreise hohe Gefängnis- und Geldstrafen, im Falle der häufigeren Ausnutzung einer Notlage unter Umständen sogar Zuchthausstrafen und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte festgesetzt.

Das Bauernamt erfährt durch die neuen Gesetze eine Sicherung seiner Existenz, wie sie keinem anderen Berufsstande Deutschlands zuteil wird, und wie sie nur zu rechtfertigen ist aus der Bedeutung des Bauerntums, als Quelle der Blüthenenergie des Volkes und als Schöpfer seiner Ernährungsgrundlage. Allerdings wird der Beruf des Bauern damit auch vollkommen aus der Front der auf Gewinnstreben gestellten wirtschaftlichen „Geschäftsbetriebe“ herausgenommen und zu nichts anderem als Dienst am Volke.

Der neue polnische Zolltarif.

Das Ministerium für Industrie und Handel in Polen macht darauf aufmerksam, daß anders als beim Inkrafttreten einfacher Abänderungen von Zollsätzen bei der für den 11. Oktober d. J. bevorstehenden Inkraftsetzung des neuen Zolltarifs nicht diejenigen Auslandswaren, die noch bis zum 11. Oktober einschließlich zur Aufgabe nach Polen gelangten, noch zu den bisherigen Zollsätzen verzollt werden müssen. Die alten Zollsätze würden nach diesem Datum nur auf falsche Waren angewandt werden, die spätestens am 10. Oktober in das polnische Zollgebiet eingeführt und zur Zolldeklaration gelangt sein würden, und zwar auch nur unter der Bedingung, daß die Verzollungsformalitäten bis zum 24. Oktober reiflos erledigt wären. Alle anderen Waren würden unwillkürlich mit den Zollsätzen des neuen Tarifs belegt werden.

Anwachsen der Schrotteinfuhr über Gingen. In letzter Zeit ist in dem Glinger Hafen eine bemerkenswerte Steigerung für Schrotteinfuhr vor sich gegangen; im vergangenen Monat August kamen dort allein 50 Fahrzeuge mit einer Ladung von etwa 30 000 T. an. Im Laufe der ersten 8 Monate des Kalenderjahres wurden nach Gdingen gegen 300 000 T. Schrott eingeführt, gegenüber 124 000 T. im Vorjahre. Der größere Teil dieser Einfuhr ist für die polnische Eisenhüttenindustrie bestimmt.

Baumwollversuchspflanzungen in Südpolen. In der Umgebung von Jacepaj, die das wärmste Klima in Polen besitzt, wurde in diesem Sommer zum erstenmal Baumwolle versuchsweise angepflanzt. Das Ergebnis dieses Versuchs soll trotz des frühen und kurzen Sommers günstig zu nennen sein.

Firmennachrichten.

v. Neuenburg (Rone). Zwangsversteigerung des in Neuenburg, Markt Nr. 28, belegenen und im Grundbuch Neuenburg, Band 2, Blatt 78, auf den Namen des Paul Chyla und seiner Ehefrau Helena, geb. Schuekmann, eingetragenen Grundstücks (mit Gebäuden) am 28. Oktober 1933, 10 Uhr, im Verhandlungssaal Nr. 1 des Burgergerichts. Schätzungswert 17 877 TDM.

Inflationsabsicht oder Inflationsbluff in USA?

Banken misstrauen der Kreditausweitungspolitik.

Man spricht in den Vereinigten Staaten im Augenblick von nichts mehr, als von der kommenden Inflation. Nicht wie von einem erwarteten Ergebnis, sondern lächelnd, hoffend, in manchen Kreisen sogar fordernd, als von etwas, das allein noch imstande ist, die amerikanische Wirtschaftspolitik aus der Sackgasse, in die sie durch den nur mühsam verfehlerten Mißerfolg des Roosevelt'schen NIRA-Experiments geraten ist, wieder zu befreien. Am bemerkenswertesten ist, daß General Johnson, der Leiter der NIRA-Administration, der sich bisher eigentlich nur mit der Durchsetzung der Arbeitscodes beschäftigt, jetzt als einen der Hauptpunkte des Wiederaufbauprogramms der Regierung die Kreditverweigerung bezeichnet, die nötigenfalls durch unmittelbare Regierungsmassnahmen mit Hilfe des Federal-Reserve-Systems durchgeführt werden soll.

Das ist aber nicht die einzige offizielle Stimme, die für inflatorische Massnahmen eintritt. Senator Harriman, der Vorsitzende des Finanzausschusses des Senats, hat einem Vertreter der „United Press“ erklärt, das Bundesparlament werde sich gezwungen sehen, von sich aus durchgreifende inflatorische Massnahmen zu beschließen und sich nicht mehr, wie man das noch im Frühjahr getan habe, darauf zu beschränken, der Regierung Vollmachten zur Durchführung von solchen Massnahmen zu erteilen, falls Präsident Roosevelt nicht die erforderlichen Schritte schon vor der Wintertagung des Parlaments eingeleitet habe. Harriman hat sich dabei ausdrücklich auf die mit der feingliedrigsten Übereinstimmung des Vorstehenden des Bank- und Währungsausschusses des Senats, Fletcher, berufen, der außerdem noch die Forderung aufstellt, das Schatzamt müsse unverzüglich von der Befugnis Gebrauch machen, für drei Milliarden Dollar neues Papiergeld gemäß den Beschlüssen des Bundesparlamentes auszugeben.

Ob die Regierung sich zu dieser drastischen Massnahme entschließen wird, muß trotz der Empfehlung des Senators Fletcher vorläufig bezweifelt werden. Vorläufig hat sie sich darauf beschränkt, durch die Reconstruction Finance Corporation den Banken einen Kredit in Höhe von einer Milliarde Dollar zu 3 Prozent auf 6 Monate anzubieten mit der Bedingung, daß der gleiche Betrag zu nicht mehr als 5 Prozent an die Industrie zum Einkauf von Rohstoffen, als Betriebsmittel für Lohnzahlungen usw. ausgeteilt wird. 150 Millionen dieses Betrages sind übrigens eben den Bundeshypothekenbanken als Voranschuss bewilligt worden. Im übrigen besteht bei den Banken bisher aber wenig Neigung, auf das Angebot der Fed zu eingehen. Die industrielle Lage erscheint ihnen noch so labil, daß sie das Risiko dieser Kreditgeschäfte scheuen.

Das Risiko muß, soweit es die Entwicklungsaussichten der industriellen Konjunktur betrifft, von den Banken außerordentlich hoch eingeschätzt werden; denn in Anbetracht des Weges, den der Dollarfuß als Folge des vielen Inflationsglaubens nimmt, müßte ihnen das Geschäft eigentlich verlockend erscheinen. Der Dollar fällt wieder beständig und hat einen neuen Rekordtiefstand erreicht. Außerdem soll der Sinn der auf die eine oder andere Weise ge-

wünschten Inflation ja eben eine Verabschwächung des Geldwertes — und dadurch eine Steigerung der nominalen Preise — sein. Man könne in Erwartung dieser Entwicklung heute in den Vereinigten Staaten also gar nichts Besseres tun als Geld zu leihen, das man in sechs Monaten dann in entwerteter valuta zurückzahlte. Die Banken sind trotzdem misstrauisch. Vielleicht glauben sie an die Inflation und die beabsichtigte Geldabwertung gar nicht, und sie mögen dabei davon ausgehen, daß es recht ungewöhnlich ist, eine Inflation vorher anzukündigen. Der Bluff gilt in Amerika als eine durchaus erlaubte und übliche geschäftliche Methode. Es wäre denkbar, daß man das Inflationsgespenst nur deshalb immer wieder an die Wand malt, um die Menschen zu bewegen, ihr Geld auszugeben, also zu kaufen und dadurch die Produktion anzukügel, die Preise zum Steigen zu bringen, kurzum alle die Wirkungen schon vorher herbeizuführen, die sonst in der Regel als Folgeerscheinung einer Inflation eintreten.

Die Banken haben noch einen anderen Grund zum Misstrauen. Roosevelt und seine Berater sind dem derzeitigen amerikanischen Banksystem nicht übermäßig wohl gesinnt, und in der Regierung bestehen Bestrebungen, für die Handel- und Gewerbetreibenden Kreditgenossenschaften zu bilden, die auf Grund von hypothekarischen Sicherheiten und einer Solidarhaftung ihrer Mitglieder von der Fedio Anleihen bekommen könnten. Die Fedio war in ihrer Wirksamkeit bisher dadurch beschränkt, daß sie nach dem Gesetz Kredite an private Geschäftslente nicht geben darf. Die durch sie beabsichtigte Kreditausweitung müßte also immer den Weg über die Banken suchen, die sich bisher nicht als besonders willig gezeigt haben, die Politik der Fedio zu unterstützen. Durch die Kreditgenossenschaften könnte man sie aushebeln.

Auf jeden Fall bleibt die amerikanische Wirtschaftslage reichlich undurchsichtig. Man muß mit weiteren Experimenten rechnen. Und ob die Hoffnungen des Herrn Macdonald, der in Erwartung einer baldigen Beendigung der beunruhigenden Dollarbewegungen eine Wiedereinberufung der Weltwirtschaftskonferenz in Erwägung zieht, sich sobald erfüllen werden, bleibt vorläufig zweifelhaft.

Ausgang der Spekaufuhr nach England. Zur Förderung der einheimischen Erzeugung von Frühstücksped (Bacon) hat das britische Landwirtschaftsministerium mit Wirkung vom 15. September bis zum 28. Juli 1934 das Gesamtausfuhrkontingent von Frühstücksped und Schinken auf 3,5 Millionen Zentner herabgesetzt. Die polnische Speck- und Schinenausfuhr nach England wird hierdurch schwer betroffen. Sie wird hierdurch um nahezu 21 Prozent beschnitten. Das polnische Kontingent für Speck und Schinken in Käfern und Dosen für den genannten Zeitraum wird 333 550 Zentner betragen, d. h. im Monat 55 590 Zentner. Der Anteil Polens an dem britischen Gesamtkontingent beträgt weiterhin 9,58 Prozent.

Geldmarkt.

Der Wert für ein Gramm reinen Goldes wurde gemäß Verifikation im „Monitor Polski“ für den 22. September auf 5,9244 Zloty festgelegt.

Der Zinssatz der Pank Polki beträgt 6%, der Lombardsatz 7%.

Der Zloty am 21. September. Danzig: Ueberweisung 57,48 bis 57,60, Berlin: Ueberweisung 46,80—47,20, Wien: Ueberweisung 79,00, Prag: Ueberweisung 383,00, Zürich: Ueberweisung 57,70, London: Ueberweisung 27,81.

Warthauer Börse vom 21. Septbr. Umsatz, Verkauf — Kauf. Belgien 124,80, 125,11 — 124,49, Belgrad —, Budapest —, Bukarest —, Danzig 173,70, 174,13 — 173,27, Helsingfors —, Spanien —, Holland 360,95, 361,85 — 360,05, Japan —, Konstantinopel —, Kopenhagen —, London 27,79, 27,94 — 27,64, Newyork 5,88, 5,92 — 5,84, Oslo, Paris 35,01, 35,10 — 34,92, Prag 26,51, 26,57 — 26,45, Riga —, Sofia —, Stockholm 143,75, 144,50 — 143,00, Schweiz 173,35, 173,78 — 172,92, Tallin —, Wien —, Italien 47,09, 47,32 — 46,86.

Berlin, 21. September. Amtl. Devisenkurs. Newyork 2,737—2,743, London 13,02—13,06, Holland 169,38—169,72, Norwegen 65,43 bis 65,57, Schweden 67,13—67,27, Belgien 58,47—58,59, Italien 22,03 bis 22,07, Frankreich 16,41—16,45, Schweiz 81,22—81,38, Prag 12,38 bis 12,40, Wien 47,95—48,05, Danzig 81,57—81,73, Warchau 46,90—47,10.

Zürcher Börse vom 21. September. (Amtlich.) Warchau 57,70, Paris 20,20%, London 16,08, Newyork 3,38, Brüssel 72,00, Italien 27,12%, Spanien 43,15, Amsterdam 208,22%, Berlin 123,15, Wien offiziell 72,54, Noten 56,75, Stockholm 82,90, Oslo 80,80, Kopenhagen 71,80, Sofia —, Prag 15,30%, Belgrad 7,00, Athen 2,94, Konstantinopel 2,45, Bukarest 3,08, Helsingfors 7,06, Buenos Aires —, Japan 0,95.

Die Bank Polki zahlt heute für: 1 Dollar, gr. Scheine 5,75 Zl., do. kl. Scheine — Zl., 1 Pf. Sterling 27,61 Zl., 1 Schweizer Franken 172,67 Zl., 100 franz. Franken 34,87 Zl., 100 deutsche Mark 206,50 Zl., 100 Danziger Gulden 173,02 Zl., 1 holländ. Gulden — Zl., österr. Schilling — Zl., holländischer Gulden 359,55.

Waffenmarkt.

Posener Börse vom 21. September. Es notierten: 5proz. Staatliche Konvert.-Anleihe 50,25—50,50 G., 4 1/2proz. Dollarbriefe der Posener Landbank (1 Dollar = 5,64) 41—42 B., 4proz. Konvert.-Pfundbriefe der Posener Landbank 37 G., 4 1/2proz. Roggenbriefe der Posener Landbank 5,50 G., 3proz. Bauanleihe (Serie 1) 38 bis 37,50 +, Bank Polki 81 G. Tendenz behauptet. (G. = Nachfrage, B. = Angebot, + = Geschäft, * = ohne Umsatz).

Produktenmarkt.

Amtliche Notierungen der Bromberger Getreidebörse vom 22. September. Die Preise lauten Parität Bromberg (Waggonladungen) für 100 Kilo in Zloty:

Transaktionspreise:		
Roggen	120 to	14,70—15,20
Mahlgerste	17 to	15,00
Roggenkleie	11 to	14,00

Richtpreise:		
Roggen	14,50—14,70	
Weizen	19,75—20,25	
Braugerste	15,00—16,00	
Mahlgerste	13,75—14,00	
Safer	13,75—14,00	
Roggenmehl 65%	21,75—22,75	
Weizenmehl 65%	33,00—35,00	
Roggenkleie	8,50—9,00	
Weizenkleie	8,50—9,00	
Weizenkleie grob	8,75—9,25	

Allgemeine Tendenz: ruhig, Transaktionen zu anderen Bedingungen:

Roggen	130 to	Gerstkleie	15 to	Folger-Erbf.	25 to
Weizen	90 to	Roggenkleie	16 to	Sonnen-	
Mahlgerste	45 to	Weizenkleie	16 to	blumentuchen	— to
Braugerste	— to	Raps	— to	Speisekartoff.	— to
Roggenmehl	19 to	Rartoffelflod.	— to	Safer	25 to
Weizenmehl	44 to	Blauer Mohn	25 to	Feld-Erbf.	— to
Biflor-Erbf.	— to	Melb.	— to	Rottlee	— to

Gesamtangebot 609 to.

Warchau, 21. September. Getreide, Mehl und Futtermittel. Abschlüsse auf der Getreide- und Warenbörse für 100 Kilo. Parität Waqgon Warchau: Einheitsroggen 14,25—14,75, Einheitsweizen 22,00—22,50, Sammelweizen 21,00—22,00, Einheitshafer 15,00—15,50, Sammelhafer 14,50—15,00, Braugerste 15,50—16,00, Mahlgerste 14,50 bis 15,00, Roggenkleie —, Speiseerbsen 21,00—23,00, Bittoriaerbsen 24,00—27,00, Winterraps 37,00—39,00, Rottlee ohne die Flachsleiste —, Rottlee ohne Flachsleiste bis 97% gereinigt —, roher Weissele (45%) 1. Sorte 40,00—45,00, Weizenmehl (65%) 1. Sorte 7,00—40,00, Weizenmehl 2. Sorte (20%) nach Luxus-Weizenmehl 34,00—37,00, Weizenmehl 3. Sorte 20,00—25,00, Roggenmehl 1, 25,00—27,00, Roggenmehl II 19,00—21,00, Roggenmehl III 19,00—21,00,

grobe Weizenkleie 9,50—10,00, mittlere 9,00—9,50, Roggenkleie 7,50 bis 8,50, Reintuchen 16,00—16,50, Rapsuchen 13,00—13,50, Sonnenblumentuchen 16,50—17,00, doppelt gereinigte Serradella —, blaue Lupinen —, gelbe —, Beluchiten —, Widen —, Winterrüben 37,00—39,00, Sommerrüben 37,00—39,00, blauer Mohn 50,00—60,00.

Umsätze 1184 to, davon 725 to Roggen. Tendenz: ruhig.

Getreidepreise im In- und Auslande.

Das Büro der Getreide- und Warenbörse Warchau errechnet die Durchschnittspreise der Hauptgetreidearten für die Zeit vom 11. bis 17. September 1933 wie folgt (für 100 kg in Zloty):

Märkte	Weizen	Roggen	Gerste	Safer
Inlandsmärkte:				
Warchau	22,47 1/2	14,50	15,75	14,05
Polen	20,42	14,63	16,50	13,09
Lublin	21,37	14,25	—	12,29
Romno	20,25	13,12 1/2	—	—
Wilna	21,50	15,58	—	13,90
Rattowiz	24,05	16,08	18,93	13,93
Kratau	22,46	14,91	19,00	11,22
Bemberg	20,65	15,31	—	12,87 1/2
Auslandsmärkte:				
Berlin	37,70	30,32	38,53	28,10 *
Samburg	18,25	11,74	9,65	11,56
Paris	—	—	—	—
Prag	35,77	20,59	23,96	17,29
Brünn	33,85	17,36	21,59	15,44
Danzig	22,62	15,80	18,10	14,65
Wien	34,97	19,81	—	20,31
Liverpool	17,18	—	—	16,34
London	—	—	—	—
Newyork	—	—	—	—
Chicago	19,80	16,85	17,16	16,05
Buenos Aires	12,93	—	—	9,38

Amtliche Notierungen der Posener Getreidebörse vom 21. September. Die Preise verstehen sich für 100 Kilo in Zloty:

Transaktionspreise:		
Roggen	15 to	15,00
	135 to	14,75
	15 to	14,60
Safer	80 to	14,00
	30 to	13,80

Richtpreise:			
Weizen, neu, 3. Verm.	19.75—20.25	Winterraps	35.00—36.00
Roggen	14.50—14.75	Fabrikartoffeln pro	
Roggen, neu,	—	Rilo %	11.00
zum Mahlen	—	Senf	38.00—40.00
Gerste 695—705 kg	14.00—14.50	Blauer Mohn	63.00—68.00
Gerste 675—685 kg	13.00—14.00	Weizen u. Roggen-	
Braugerste	16.00—17.00	Itroh, lole	—
Safer	13.50—13.75	Weizen u. Roggen-	
Roggenmehl (65%)	22.25—22.50	Itroh, gepreßt	—
Weizenmehl (65%)	33.50—35.50	Safer- und Gersten-	
Weizenkleie	8.50—9.00	Itroh, lole	—
Weizenkleie (grob)	9.50—10.00	Safer- und Gersten-	
Roggenkleie	8.50—9.00	Itroh, gepreßt	—
Spelsetartoffeln	2.50—2.75	Heu, lole	—
Wittoriaerbsen	19.00—23.00	Heu, gepreßt	—
Folgererbsen	22.00—25.00	Reheheu, lole	—
Blauer Lupinen	—	Reheheu, gepreßt	—
Gelbe Lupinen	—	Sonnenblumen-	
Winterrüben	39.00—40.00	tuchen 46—48%	—

Nach dem Urteil der Börse war die Tendenz für Roggen, Weizen, Brau- und Mahlgerste, Roggen- und Weizenmehl ruhig, für Safer beständig.

Gesamt tendenz: ruhig, Transaktionen zu anderen Bedingungen: Roggen 485 to, Weizen 110 to, Gerste 15 to, Safer 25 to, Roggenmehl 150 to, Weizenmehl 15 to, Roggenkleie 30 to, Weizenkleie 30 to, Fabrikartoffeln 225 to.

Danziger Getreidebörse vom 21. September. (Nichtamtlich.) Weizen, 130 Pf. 12,50, Roggen 9,00—9,10, Braugerste 10,00 bis 11,00, Futtergerste 9,00—10,00, Safer 8,25—9,25, Wintoriaerbsen 12,75 bis 17,25, grüne Erbsen 14,50—18,00, Roggenkleie 5,75, Weizenkleie 6,40 bis 6,60, Rüben 22,00, Blaumohn 38,00—41,75 G. per 100 kg frei Danzig.

Weizen ist mit 31. 22,00 = G. 12,75 erhältlich.

Roggen für Konsumzwecke notiert 31. 15,80 = G. 9,15 alles per 100 kg frei Danzig.

Berliner Produktenbericht vom 21. September. Getreide- und Deffaat für 1000 Kilo, ab Station in Goldmark: Weizen, märz., 76—77 Kilo, 177,00—179,00, Roggen märz., alt, 72—73 Kilo, —, Roggen 142,00—144,00, Braugerste 189,00—195,00, Futter- und Industrieerbsen —, Safer, märz., 144,00—152,00, Mais —.

Für 100 Kilo: Weizenmehl 30,50—31,50, Roggenmehl 20,40—21,50, Weizenkleie 10,40—10,75, Roggenkleie 9,40—9,60, Wintoriaerbsen 36,00—41,00, kl. Speiseerbsen 29,00—32,00, Futtererbsen 18,00 bis 20,00, Beluchiten —, Aderbohnen —, Widen 14,25 bis 16,00, Lupinen, blaue —, Lupinen, gelbe —, Serradella, alte —, Reintuchen 16,40—16,50, Zrodenkichte 9,10—9,20, Sonna-Extraktionschrot loco Samburg 14,00—14,10 loco Stettin 14,30, Raps —, Kartoffelfloden 12,60—13,00.

Gesamt tendenz: anhaltend.